

Ex-post-Evaluierung

Stadtentwicklung und Dezentralisierung (UGDP), Äthiopien

Titel	Programm Stadtentwicklung und Dezentralisierung (UGDP)				
Sektor und CRS-Schlüssel	Demokratie, Zivilgesellschaft und öffentliche Verwaltung, CRS 43030				
BMZ-Nummer	2008 65 519				
Auftraggeber	BMZ				
Empfänger und Träger	Ministry of Finance and Economic Development Ministry of Urban Development and Housing				
FZ-Finanzierungsvolumen und -instrument	10,0 Mio. EUR, BMZ, Haushaltsmittel-Zuschuss				
Projektlaufzeit	2010 - 2017	Berichtsjahr	2025	Stichprobenjahr	2020

Ziele und Umsetzung des Vorhabens

Ziel auf Outcome-Ebene war die erhöhte Nutzung der lokalen Infrastruktur und die Verbesserung der Verwaltungsleistung der Städte (duale Zielsetzung). Auf der Impact-Ebene leistete das FZ-Vorhaben einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen der überwiegend armen Bevölkerung durch die Nutzung der bereitgestellten Infrastruktur. Die Umsetzungsdauer des FZ- Vorhabens von fast sieben Jahren hat sich gegenüber der Planung in etwa verdoppelt.

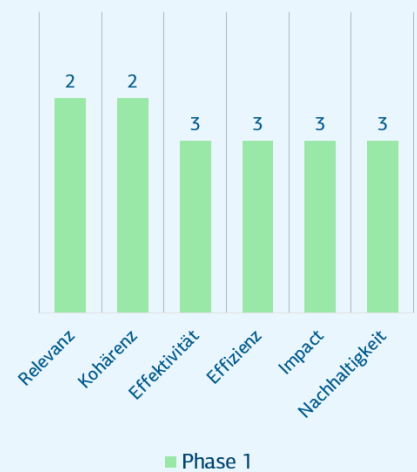
Wichtige Ergebnisse

Das Vorhaben entfaltete entwicklungspolitische Wirksamkeit, deren Nachhaltigkeit jedoch gefährdet ist. Aus den folgenden Gründen wird das Vorhaben als „eingeschränkt erfolgreich“ bewertet:

- Die Unterstützung der acht ausgewählten Städte bei der Versorgung der Bevölkerung mit bedarfsgerechter Infrastruktur war **relevant** zur Beseitigung von strukturellen Defiziten in schnell wachsenden, bisher vernachlässigten Randgebieten. Sie ging mit den politischen Prioritäten des Partnerlandes zur Dezentralisierung Hand in Hand. Die Relevanz des FZ-Programms wird durch die großen bis 2024 fortgesetzten Programme der Weltbank (WB) belegt, für die das FZ-Vorgängerprogramm Urban Development Fund (UDF) als erstes Dezentralisierungsvorhaben im Sektor als Pilotvorhaben angesehen wird
- Die **kohärente** institutionelle und fachliche technische Unterstützung führte zu einer verbesserten Dienstleistungsbereitstellung bei den Stadtverwaltungen. Die geschaffenen Strukturen und Prozesse wurden von der WB in deren Programme überführt und weiterentwickelt
- Die **entwicklungspolitischen Veränderungen**, zu denen das FZ - Vorhaben beigetragen hat, führten zu einer zunehmenden Zufriedenheit der Bevölkerung mit kommunalen Dienstleistungen. Die Eigeneinnahmen der Städte haben sich während und nach der Implementierung des FZ-Vorhabens um bis zu 30% erhöht.
- Trotz spürbarer Erhöhung der Eigeneinnahmen und einer verbesserten Finanzplanung, zu denen das FZ-Vorhaben beigetragen hat, besteht noch eine Unterfinanzierung von Betriebs- und Wartungskosten, was ein Risiko für die **Nachhaltigkeit** darstellt.

Gesamtbewertung

eingeschränkt erfolgreich



1: sehr erfolgreich – 6: gänzlich erfolglos

Schlussfolgerungen

- Dezentralisierungsvorhaben erfordern häufig eine längere Durchführungszeit als erwartet, was bei Programmprüfung oft unterschätzt wird. Dies in besonderem Maße, wenn kleine, dezentrale Verwaltungsstrukturen im Hinblick auf ihre Kapazitäten gestärkt werden sollen.
- TZ-Unterstützung in solchen Programmen ist wünschenswert, es sollte jedoch auf die zeitliche Verzahnung geachtet werden, damit die Potentiale voll genutzt werden können.
- Die Anschlussfähigkeit an Nachfolgeprogramme der Weltbank hat sich in diesem Fall als sehr positiv erwiesen, sie ermöglichte eine erhebliche Steigerung der Kommunalfinanzierung

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	3
Übersicht	4
Rahmenbedingungen und Einordnung des Vorhabens	4
Kurzbeschreibung	4
Aufschlüsselung der Gesamtkosten	4
Karte der Projektregion	5
Stärken und Schwächen des Vorhabens	6
Projektübergreifende Lessons Learned	6
Bewertung nach OECD DAC-Kriterien	7
Relevanz	7
Kohärenz	10
Effektivität	11
Effizienz	14
Impact	16
Nachhaltigkeit	18
Gesamtbewertung	19
Beitrag zur Agenda 2030	19
Methodik	21
Evaluierungsmethodik	21
Bewertungsmethodik	24
Impressum	24
Anlagen	

Abkürzungsverzeichnis

AK	Abschlusskontrolle
BE	Berichterstattung
BMGF	Bill und Melinda Gates Stiftung
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CIP	Capital Investment Plan
DAC	Development Assistance Committee
EPE	Ex-post-Evaluierung
EUR	Euro
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
FZ E	FZ Evaluierung
GIZ	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
GoE	Government of Ethiopia
IDA	International Development Association
MUDH	Ministry of Urban Development and Housing
MUI	Ministry of Urban Development and Infrastructure
PV	Projektvorschlag
RKV	Rückvermerk
SDG	Sustainable Development Goals
TZ	Technische Zusammenarbeit
UDF	Urban Development Fund
UGDP	Urban Governance and Decentralization Program
UIIDP	Urban Infrastructure and Institutional Development Program
ULG	Urban Local Governments
ULGDP	Urban Local Governments and Decentralisation Program
USD	US Dollar
WB	Weltbank

Übersicht

Rahmenbedingungen und Einordnung des Vorhabens

Das FZ-Vorhaben „Urban Governance and Decentralisation Programme“ (UGDP) war ein offenes Programm, welches nachfrageorientiert kommunale Infrastrukturmaßnahmen in acht kleineren und mittleren Städten finanzierte. Dies erfolgte im Rahmen der äthiopischen Dezentralisierungspolitik und des Gestaltungsspielraums der deutschen EZ. Das FZ-Vorhaben baute auf den Erfahrungen des Vorgängervorhabens „Urban Development Fund“ (UDF) in mittleren und größeren Städten auf und sollte ausdrücklich auch kleineren Regionalhauptstädten in Randlagen zugutekommen, welche im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen einen erheblichen Nachholbedarf hatten. Die TZ hat bis April 2015 in ihrem gleichnamigen Vorhaben dieselben Städte im Bereich der Planung und des öffentlichen Finanzmanagements gestärkt. Wichtige Durchführungspartner waren die Stadtverwaltungen der Projektstädte. Im Sinne einer programmorientierten EZ fand eine konzeptionelle Orientierung an dem Weltbankvorhaben „Urban Local Government and Decentralisation Programme (ULGDP)“ statt. Dieses FZ-Vorhaben wurde bereits 2017 abschlusskontrollgeprüft. Die allgemeine politische Situation hat sich seit Fertigstellung landesweit verschlechtert, 5 der 8 Projektstädte durfte bei der Vor-Ort-Evaluierung im Juni 2025 nicht bereist werden. Daher konnten auch nur 8 von 13 Einzelvorhaben besichtigt werden, teilweise virtuell.

Kurzbeschreibung

Das FZ-Vorhaben zielte darauf ab, acht ausgewählten Programmkommunen bei der Verbesserung von kommunalen Diensten, die in die alleinige Zuständigkeit der Städte fallen, als Grundlage für eine lokale wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen. Zielgruppe im weiteren Sinne war die städtische, überwiegend arme Bevölkerung in den ausgewählten Städten. Zielgruppe im engeren Sinne waren die Städte bzw. deren Verwaltungen selbst. Die Auswahl der individuellen Infrastrukturmaßnahmen erfolgte gemäß dem zwischen Projektträger und KfW abgestimmten „Operational Manual“ und den darin definierten Kriterien. Zwischen 2012 und 2017 wurden in den acht kleinen und mittelgroßen Programmkommunen Adwa, Assosa, Debre Markos, Gambella, Jigjiga, Nekemt, Semera und Yirgalem folgende Infrastrukturmaßnahmen neu gebaut: sechs Entwässerungssysteme (Oberflächenwasserentwässerung), vier Straßenbauprojekte (Kopfsteinpflasterstraßen), zwei Abfalldeponien samt Ausstattung mit Spezialfahrzeugen (Radlader/Verdichter und Muldenkipper), ein Marktzentrum. Das FZ-Vorhaben wurde über das Ministry of Urban Development and Housing (MUDH, heute Ministry for Urban Development and Infrastructure, MUI) und dort über das Urban Governance and Capacity Building Bureau (UGCDB) durchgeführt.

Aufschlüsselung der Gesamtkosten

Optionaler Text

	Phase 1 (Plan)	Phase 1 (Ist)
Investitionskosten (gesamt) in Mio. EUR	12,3	11,85
Eigenbeitrag in Mio. EUR	2,3	1,85
Externe Finanzierung in Mio. EUR	10,0	10,0
davon BMZ-Mittel in Mio. EUR	10,0	10,0

Tabelle 1: Gesamtkosten und Finanzierung

Karte der Projektregion



Abbildung 1: Karte der Projektregion

Quelle: Eigene Darstellung

Stärken und Schwächen des Vorhabens

Zu den Stärken zählen insbesondere:

- Durch die breite institutionelle und fachliche technische Unterstützung hat das FZ-Vorhaben dazu beigetragen, dass die 8 kleinen und mittelgroßen Städte mittlerweile besser in der Lage sind, eine ausgewogene soziale und wirtschaftliche Stadtentwicklung zu planen und zu implementieren. Mittels arbeitsintensiven Maßnahmen beim Bau der Infrastruktur wurden zeitlich befristete Jobs geschaffen, und an die verbesserten Straßen konnte sich Kleingewerbe ansiedeln. Hierdurch konnten die Lebensbedingungen der Stadtbevölkerung sowie der Bewohner im Umland der Städte, die städtische Leistungen in Anspruch nehmen, verbessert werden.
- Eine wesentliche Voraussetzung zur Bereitstellung verbesserter städtischer Dienstleistungen wurde mit der Beteiligung der Bevölkerung bei der Identifizierung und Überwachung der Infrastruktur durch dieses FZ - Vorhaben geschaffen.
- Das Vorhaben hat zu einer spürbaren Erhöhung der Eigeneinnahmen, der Einführung einer eigenständigen Budgetposition für Betrieb und Wartung im kommunalen Haushalt und einer verbesserten Finanzplanung beigetragen.

Zu den Schwächen zählen insbesondere:

- Trotz erhöhter Eigeneinnahmen besteht weiterhin eine Unterfinanzierung des städtischen Haushalts, was insbesondere wegen der nicht ausreichenden Budgets für Instandhaltung ein Risiko für die Nachhaltigkeit darstellt.
- Eine hohe Verstädterungsrate und ein starker Zuwachs an Infrastrukturvermögen verstärkten die Defizite, was dazu führte, dass größere Reparaturen und Ersatzmaßnahmen nicht in erforderlichem Umfang durchgeführt werden konnten.
- Die aus den parallel laufenden Weltbankprogrammen finanzierten kommunalen Investitionen wurden auf zuletzt 117 Kommunen ausgeweitet, was die Erreichung der Projektziele erleichterte, aber gleichzeitig die Bewertung der Nachhaltigkeit erschwerte. Denn diese Programme schufen durch hohe Investitionsbeiträge, die auch Wartungsfinanzierung umfassten, ein Risiko der Geberabhängigkeit. Es ist zu erwarten, dass die Unterstützung der Städte beim Ausbau ihrer öffentlichen Infrastruktur nicht im bisherigen Umfang fortgeführt wird. Das Nachhaltigkeitsrisiko wird dadurch etwas erhöht.

Projektübergreifende Lessons Learned

- Es zeigte sich bei diesem Dezentralisierungsvorhaben, dass die Durchführungszeit unterschätzt wurde. Es handelte sich hier um 8 kleinere und mittlere Projektstädte in von der Entwicklung vernachlässigten Randregionen mit insgesamt unter 0,5 Mio Einwohnern, die teilweise erst in jüngerer Zeit gegründet wurden. Der Aufwand, landesweit in Kleinstädten Strukturen und Kapazitäten aufzubauen, welche in der Lage sind öffentliche Infrastruktur zu implementieren (und dies mittels Beauftragung lokaler Ingenieurbüros und Bauunternehmen, die lediglich über beschränkte Kapazitäten verfügen), wurde auch hier erheblich unterschätzt. In ähnlichen FZ-Vorhaben sollte eine realistische Durchführungszeit ex ante eingeplant werden.
- Eine starke TZ - Unterstützung in solchen Programmen ist wünschenswert, man sollte jedoch auf die zeitliche Verzahnung achten, damit die Potentiale voll genutzt werden können. Durch ein Auseinanderlaufen der Implementierungszeit zwischen FZ und TZ - Programm konnten die Potentiale in diesem FZ - Vorhaben nicht voll genutzt werden.
- Die Anschlussfähigkeit an Nachfolgeprogramme der Weltbank hat sich als positiv erwiesen, sie ermöglichte eine erhebliche Steigerung der Kommunalfinanzierung. Über leistungsorientierte Ansätze erhielten 117 Städte über 15 Jahre hinweg Zuwendungen zur Finanzierung von öffentlicher Infrastruktur und institutioneller Stärkung.
- Abfallprojekte erfordern wegen ihrer hohen Komplexität eine detaillierte standortbezogene Planung und intensive Begleitung der Partner bei der Aufnahme des Betriebs der Anlagen, was durch dieses FZ-Vorhaben nicht geleistet werden konnte. Abfallprojekte waren bereits im Vorgängervorhaben UDF nicht erfolgreich. Für Abfallprojekte empfiehlt sich daher ein sektorspezifischer Ansatz mit umfassender technischer Unterstützung.

Bewertung nach OECD DAC-Kriterien

Relevanz

1. Ausrichtung an Politiken und Prioritäten

Das FZ-Vorhaben stand sowohl im Einklang mit den äthiopischen als auch den deutschen Entwicklungspolitiken. Insbesondere in Bezug auf die Ziele des äthiopischen Partners entsprach das FZ-Vorhaben den Prioritäten, es berücksichtigte die relevanten politischen und institutionellen Rahmenbedingungen (Plan for Accelerated and Sustained Development to End Poverty I – PASDEP 2005/06 bis 2009/10, second Poverty Reduction Strategy Paper, Fünfjahresprogramm - Growth and Transformation Plan for 2011–2015, Fiscal Decentralization Strategy von 2004 sowie Urban Development Policy von 2005, das von den Entwicklungspartnern (DP) unterstützte Urban Governance Reform Package). Die Reformen im Bereich der Dezentralisierung zielten darauf ab, lokale Verwaltungsstrukturen zu stärken und Mechanismen der Rechenschaftspflicht zu verbessern. Zudem sollten Ansätze zur Förderung der Bürgerbeteiligung eingeführt und weiterentwickelt werden.

Kapazitätsaufbau im Bereich Governance wurde als Schwerpunkt der bilateralen Zusammenarbeit zwischen Äthiopien und Deutschland definiert. Das FZ-Vorhaben steht im Einklang mit den Grundsätzen des zum Zeitpunkt der Projektprüfung gültigen BMZ-Sektorpapiers „Umweltgerechte kommunale und städtische Entwicklung“ sowie des entsprechenden Schwerpunktstrategiepapiers. Das Programm ist zudem auf die sektoralen Leitlinien des BMZ abgestimmt, wie sie in der heutigen Kernstrategie „Frieden und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ und in den Prioritäten der Länderstrategie für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit Äthiopien im Handlungsfeld „Good Governance“ festgelegt sind.

Zu den städtischen Aufgaben zählen kommunale Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, lokaler Wegebau und andere wirtschaftliche Infrastruktur (z.B. Märkte). Zur Erfüllung dieser kommunalen Aufgaben sind die Stadtverwaltungen (Urban Local Governments, ULGs) nicht ausschließlich auf ihre eigenen Einnahmen angewiesen, sondern erhalten für Anlageinvestitionen Transfers und Subventionen sowohl von den Regionalstaaten als auch indirekt über Programme der Geber (z. B. WB, Deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ)). In vielen ULGs stammen über 50–80 % des Budgets aus Transfers (vor allem in den letzten 15 Jahren aus den WB-Programmen). Die Kosten für Instandhaltung müssen die Städte ausschließlich aus Eigenmitteln aufbringen. Dazu erheben ULGs verschiedene lokale Steuern und Gebühren (Grundsteuer, Geschäfts- und Dienstleistungsgebühren, Marktgebühren etc.), wobei das Steuerpotenzial nicht optimal erschlossen ist und es vielfach an einer Kostenrechnung für die städtischen Dienste fehlt. In der Praxis sind diese Einnahmen nicht annähernd ausreichend, um alle städtischen Ausgaben (Infrastruktur, soziale Dienste, Verwaltung) zu decken. Besonders kleinere Städte leiden unter schwacher Steuerbasis, ineffizienter Steuererhebung und geringer Zahlungsfähigkeit der Bevölkerung. Hieraus leitete sich der dringende und für den Projekterfolg absolut notwendige Unterstützungsbedarf an technischer Beratung ab.

Das Thema Geschlechtergleichstellung und Inklusion wurde in den genannten Dezentralisierungsstrategien adressiert und sollte mittels dem dort verankerten Leitgrundsatz der Stärkung partizipativer Prozesse umgesetzt werden. Durch bedarfsgerechte Auswahl von Einzelprojekten als auch die Beschäftigung der Bevölkerung mittels arbeitsintensiver Technologien beim Bau von wirtschaftsnaher und sozialer Infrastruktur sollten in hohem Maße Frauen profitieren. Darüber hinaus zielten die nationalen Strategien auf eine Stärkung der subnationalen Ebenen in den Bereichen Finanzmanagement und zugehörigen Kontrollmechanismen, um Rechenschaftspflicht und Transparenz zu verbessern. Der fortschreitenden Digitalisierung sollte durch die Ausstattung mit digitaler Hardware und der Einführung von IT Systemen für städtische Planungs- und Verwaltungsprozesse Rechnung getragen werden. Umwelt- und Klimaverträglichkeitsprüfungen sollten in die städtischen Planungsprozesse aufgenommen und Fachpersonal darin geschult werden.

2. Ausrichtung an Bedürfnissen und Kapazitäten der Beteiligten und Betroffenen

Auf Bitten der äthiopischen Regierung hatte sich das FZ-Vorhaben auf die Hauptstädte in den vier Randregionen („emerging regions“) sowie in vier weiteren kleineren Städten der Kernregionen engagiert. Diese Projektstädte waren bisher in vielerlei Hinsicht marginalisiert. Der Bevölkerungszuwachs verlief hier im Vergleich zu den Großstädten überdurchschnittlich (mit mehr als 5% im Vergleich zu landesweit durchschnittlich 3%). Dem gegenüber stand eine unterdurchschnittliche Ausstattung dieser Regionalstädte mit lokaler Infrastruktur. Eine verteilungspolitisch motivierte Zuordnung von Ressourcen, welche eine Stärkung der bisher noch relativ schwachen Kapazitäten der Stadtverwaltungen in diesen Regionen und die Angleichung der Lebensverhältnisse der Bürger zum Ziel hatte, war daher nachvollziehbar. Diese Stadtverwaltungen konnten wegen unzureichender Verwaltungsstrukturen, Ausbildungs- und Erfahrungsniveaus der Angestellten ihre Bürger nicht angemessen mit städtischen Diensten versorgen. Es fehlte ihnen an technischem Fachpersonal. Die Kapazitäten für Projektvorbereitung und -implementierung (insbesondere auch die Ausschreibung von Bauleistungen und das Vertragsmanagement) waren unzureichend.

Dies stellte das Kernproblem für eine nachhaltige Stadtentwicklung dar. Zielgruppe des FZ-Vorhabens war daher die städtische, überwiegend arme Bevölkerung in den ausgewählten Klein- und Mittelstädten (ungefähr 450.000 Einwohner, davon über 35% arm). Mittelbare Zielgruppe waren die Stadtverwaltungen der ausgewählten Städte, deren Verwaltungskapazität gestärkt werden sollte.

Die FZ-Maßnahme zielte darauf ab, die entsprechenden Stadtverwaltungen zu stärken und den Zugang zu öffentlichen städtischen Dienstleistungen zu verbessern. Dabei war anvisiert, dass durch die Vergabe von Leistungen an lokale Consultants und Bauunternehmen und arbeitsintensive Maßnahmen die Beschäftigung in den Programmregionen erhöht wird. Markt- und gewerbenahe Infrastruktur sollte zur wirtschaftlichen Entwicklung der Städte beitragen und deren Gebührenaufkommen erhöhen. Verbesserte Planung und Finanzmanagement sollten dazu beitragen, dass Mittel effektiver zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden (indirekte Wirkung). Die vorgesehenen Konsultativmechanismen sollten Beteiligungsmöglichkeiten für Frauen und Männer sowie marginalisierte Gruppen erschließen. Von der Nutzung der erstellten kommunalen, insbesondere wirtschaftsnahen Infrastruktur, sollten Frauen überproportional profitieren, da sie in den Bereichen Kleinhandel und Kleingewerbe überproportional vertreten waren.

Die Bevölkerung der Programmkommunen setzte sich aus unterschiedlichen ethnischen Gruppen zusammen. Da dieses FZ-Vorhaben gezielt periphere Regionen einbezog, war zu erwarten, dass die Maßnahmen auch ehemals halbnomadischen Bevölkerungsgruppen zugutekommen. Aus damaliger und heutiger Sicht wurden die Kernprobleme zutreffend identifiziert.

3. Angemessenheit der Konzeption

Die Auswahl der einzelnen Infrastrukturmaßnahmen erfolgte gemäß dem zwischen dem Urban Governance and Capacity Building Bureau (UGCBB), MUDH und KfW abgestimmten „Operational Manual“ und den darin definierten Kriterien und Prozessen. Zu den wesentlichen Kriterien zählte, dass die individuellen Infrastrukturmaßnahmen Bestandteil der jeweils aktuellen Stadtentwicklungsplanung sein mussten, dass zur Identifizierung der Maßnahmen partizipative Ansätze verwendet wurden, dass mit der Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen noch nicht begonnen worden war und dass die Finanzierung allein durch UGDP erfolgen würde. Weitere Anforderungen betrafen die Berücksichtigung des Armutsbezuges, sowie nach oben und unten abgegrenzte Budgetlinien sowohl für die eigentliche Investition als auch für Betrieb und Wartung.

Die abschließende Auswahl der individuellen Infrastrukturmaßnahmen erfolgte im Rahmen von zwei Sitzungen eines nationalen Steuerungskomitees. Wir erachten diese Konzeption als angemessen für den partizipativen Ansatz dieses FZ-Vorhabens im Rahmen des nationalen Dezentralisierungsprozesses, welcher einer schrittweisen Übertragung der Kompetenzen von der nationalen auf die lokale Ebene vorsah.

Abfallprojekte sind im Rahmen eines Dezentralisierungsprogramms, wie es in diesem Vorhaben konzipiert war, mit großen Herausforderungen verbunden. Es empfiehlt sich ein sektorspezifischer Ansatz, der Investitionen mit nationalen Strategien und Standards verbindet und den Städten eine umfassende Unterstützung bei Bau und Betrieb der neuen Anlagen bietet.

Im Rahmen dieser Evaluierung fanden Anpassungen der Ziele auf **Outcome-** und **Impact-Ebene** statt, da die Nachvollziehbarkeit des Zielsystems im Modulvorschlag nicht hinreichend gegeben war. Im Modulvorschlag (MV) vom 28.10.2010 lautete das **Outcome-Ziel**: „Die Verwaltungen schnell wachsender Klein- und Mittelstädte sind in der Lage, soziale und wirtschaftliche Infrastruktur sowie zugehörige kommunale Dienste in ihrem Einzugsgebiet zu planen, bereitzustellen und nachhaltig zu betreiben“. Auf struktureller Ebene fokussierte das bei Programmprüfung (PP) formulierte Ziel also auf die Planung, Bereitstellung und den nachhaltigen Betrieb der Infrastruktur sowie zugehöriger kommunaler Dienste. Das bei PP formulierte Outcome-Ziel war nicht vollständig, da die **Nutzung** fehlte. Daher haben wir das Outcome-Ziel angepasst, es lautet nun: Ziel der FZ-Maßnahme ist die erhöhte **Nutzung** der lokalen Infrastruktur und die Verbesserung der Verwaltungsleistung der Städte (duale Zielsetzung). Indikator 1 zielte bei PP ebenfalls nur auf Zugang und nicht auf Nutzung durch die Zielgruppe. Der im Rahmen dieser EPE angepasste Indikator lautet daher nun: „Anteil der Haushalte, die die bereitgestellte Infrastruktur **nutzen**, ist um mindestens 20% erhöht“. Der ursprüngliche Indikator 2 entfällt, da das darin genannte Vorliegen von Betriebskonzepten nicht hinreichend war. Der frühere Indikator 2 wird ersetzt durch: „Die Bevölkerung ist an der Identifizierung und Überwachung der Infrastruktur beteiligt“. Die Indikatoren 3 und 4 sind angemessen und werden daher beibehalten (siehe Kapitel Effektivität).

Das **entwicklungspolitische Ziel (Impact-Ziel)** war im MV nicht einheitlich formuliert. Dort hieß es: „Die Verwaltungen schnell wachsender Klein- und Mittelstädte sind in der Lage, soziale und wirtschaftliche Infrastruktur sowie zugehörige kommunale Dienste in ihrem Einzugsgebiet zu planen, bereitzustellen und nachhaltig zu betreiben. Damit trägt das Vorhaben zum EZ-Programmziel bei, indem die Rahmenbedingungen für eine ausgewogene soziale und wirtschaftliche Entwicklung und die Lebensbedingungen der Stadtbevölkerung sowie der Bewohner im Umland der Städte, die städtischen Leistungen in Anspruch nehmen, verbessert werden“. In der Wirkungsmatrix hieß es hingegen: „Die acht Programmkommunen sind in der Lage auf Grundlage selbstverwalteter Finanzmittel und lokaler Beteiligungsverfahren bei der Stadtentwicklung effizient und effektiv öffentliche

Dienstleistungen für die Einwohnerinnen und Einwohner zu erbringen'. Programmziel und Modulziel waren in der Wirkungsmatrix nahezu identisch, was nicht angemessen ist. Unter Berücksichtigung der Version im Fließtext wird das angepasste Ziel auf der Impact-Ebene wie folgt formuliert: 'Das Vorhaben leistet einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen der überwiegend armen Bevölkerung'. Der ursprüngliche Indikator 2 auf Impact-Ebene (80% der Stadtverwaltungen im Programm haben konsultative Planungsverfahren institutionell etabliert, in denen die spezifischen Belange der Zielgruppen Eingang finden unter Berücksichtigung der finanziellen Rahmenbedingungen des Programms) wurde verkürzt auf Outcome Ebene verschoben (neuer Indikator 2), neu aufgenommen wurde ein Indikator zur Erhöhung der Eigeneinnahmen der Städte.

Die **Wirkungskette** ist nun durchgehend plausibel: Investitionen in soziale und wirtschaftliche Infrastruktur wurden auf lokaler Ebene getätigt und die Verwaltungen befähigt, kommunale Dienste in ihrem Einzugsgebiet zu planen, bereitzustellen und nachhaltig zu betreiben (Outputs). Die Bevölkerung nutzt die durch das FZ-Vorhaben bereitgestellten Infrastrukturen, welche die entsprechenden Stadtverwaltungen unter Beteiligung der Bevölkerung planten, durchführten und unterhalten (Outcome). Hierüber wird ein Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen der überwiegend armen Bevölkerung geleistet (Impact). Diese Wirkungskette ist in Abbildung 2 noch einmal graphisch dargestellt.

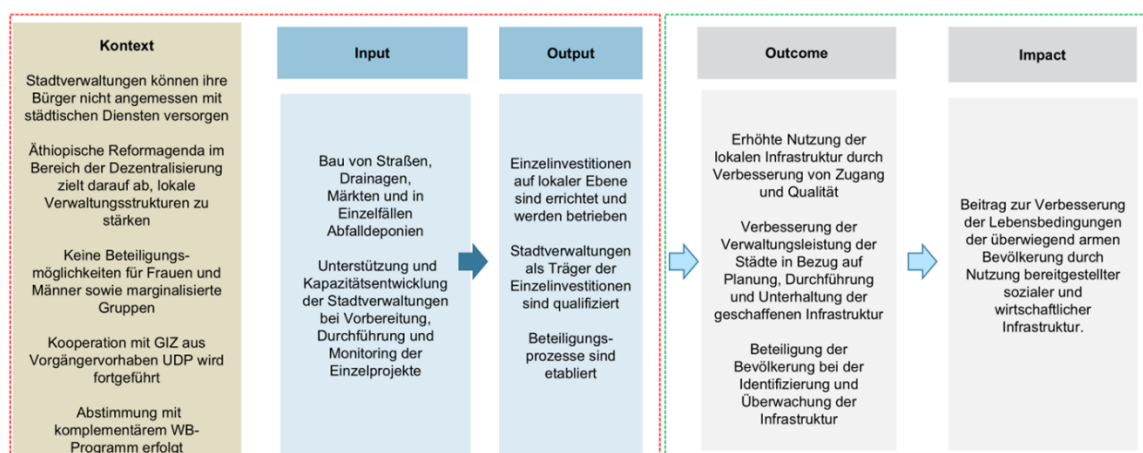


Abbildung 2: Wirkungskette.

Quelle: Eigene Darstellung.

4. Reaktion auf Veränderungen/Anpassungsfähigkeit

Das Vorhaben wurde im Verlauf seiner Umsetzung nicht auf Grund von veränderten Rahmenbedingungen (Risiken und Potentialen) angepasst.

Zusammenfassende Bewertung der Relevanz: **erfolgreich (2)**

Die Unterstützung der 8 ausgewählten Städte bei der Versorgung der Bevölkerung mit bedarfsgerechter Infrastruktur war relevant zur Beseitigung von strukturellen Defiziten in schnell wachsenden bisher vernachlässigten Randgebieten. Es ging mit den politischen Prioritäten des Partnerlandes zur Dezentralisierung Hand in Hand. Die Konzeption der Maßnahme und die zugrundeliegenden Wirkungszusammenhänge sind nachvollziehbar. Das Vorhaben trug zudem den Bedürfnissen und Kapazitäten der Zielgruppe Rechnung, wobei Frauen durch multiple Effekte (während des arbeitsintensiven Baus der Einzelmaßnahmen und später durch die Ansiedlung von Kleingewerbe) Berücksichtigung fanden.

Die Relevanz der UGDP-Konzeption für die Dezentralisierung und Stadtentwicklung wird auch durch die großen bis 2024 fortgesetzten Programme der Weltbank (Urban Local Government Development Project (ULGDP I und II) sowie UIIDP) belegt, für die das deutsche Vorläuferprogramm Urban Development Fund (UDF) als Pilotvorhaben kommunaler Infrastrukturprojekte angesehen wird: Das aus FZ-Mitteln finanzierte UDF war das erste Dezentralisierungsvorhaben in Äthiopien und mit seinem nachfrageorientierten Ansatz und der auf die Städte verlagerten Durchführungsstrukturen konzeptionell wegweisend für alle späteren Programme. Die bisher getätigten Investitionen decken allerdings bei weitem noch nicht den Bedarf der unkontrolliert wachsenden Stadtbevölkerung. Aus damaliger Sicht und aus Dezentralisierungs- und Stadtentwicklungsperspektive betrachten wir die Relevanz des hier evaluierten Folgevorhabens UGDP daher als hoch, auch wenn die Dezentralisierung heute nicht mehr den nationalen Stellenwert hat wie zu Beginn des FZ-Vorhabens. Dies äußert sich auch darin, dass politische Entscheidungen bis hinab auf Städtenebene mittlerweile autokratisch durch den Premierminister entschieden werden, ohne Beteiligung der Städte, und dass Führungspositionen politisch besetzt werden.

Kohärenz

5. Interne Kohärenz

Die verschiedenen Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit unter einem gemeinsamen EZ Programm „Urban Governance and Decentralization“ ergänzten sich gegenseitig. Die TZ unterstützte mit der Phase 2 ihres UGDP Moduls (2009-2015) die Aktivitäten der FZ in den Bereichen Stadtplanung, öffentliches Finanzmanagement und fiskalische Dezentralisierung, Bürgerbeteiligung im Planungsprozess der Capital Investment Pläne (CIP), sowie bei der Entscheidungsfindung über prioritäre Maßnahmen und legte dabei den Schwerpunkt auf die 8 FZ-Projektstädte. Das Centrum für Internationale Migration und Entwicklung (CIM) entsandte 6 integrierte Fachkräfte zur Beratung der Stadtverwaltungen in ausgewählten Bereichen. Die TZ unterstützte zudem die Ausbildung zum Pflasterer von Kopfsteinpflasterstraßen. All diese Interventionsbereiche kamen den FZ-Maßnahmen zugute. Die Module dieses gemeinsamen EZ-Programms waren konzeptionell darauf ausgelegt, sich gegenseitig zu ergänzen und gemeinsam auf die übergeordneten Programmziele hinarbeiten, sie konnten auf die Kooperation in einer vorangegangenen Projektphase (FZ-UDF und TZ-UGDP I) aufbauen. Die heutigen drei Handlungsfelder des deutschen EZ-Programms – 1) Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, Bildung und Beschäftigung, 2) Leben ohne Hunger – Transformation der Ernährungssysteme, 3) Frieden und gesellschaftlicher Zusammenhalt – adressieren unterschiedliche, aber miteinander verbundene Aspekte von Good Governance, Dezentralisierung und lokaler Entwicklung, was die hohe Kohärenz des Vorhabens mit der vergangenen und heutigen EZ mit Äthiopien unterstreicht.

Bezüglich der praktischen Umsetzung der Module wurde bereits in der Berichterstattung (BE) von 2010 darauf hingewiesen, dass die eingetretenen Verzögerungen beim Start der FZ-Maßnahmen (Vertrag Durchführungsconsultant vom Dezember 2011) zu Einschränkungen bei der wünschenswerten Komplementarität und Zielerreichung auf Seiten des TZ-Moduls führen könnten. Erschwerend kam hinzu, dass eine Zusammenarbeit zwischen FZ-Durchführungsconsultant und TZ-Personal vor Ort nur eingeschränkt stattfand, wodurch insgesamt die Potentiale nicht vollumfänglich genutzt werden konnten. Gespräche mit Beteiligten haben gezeigt, dass es auf Arbeitsebene eine gute kollegiale fachliche Kooperation gab. Programmweite Austauschprozesse fanden in der Regel jedoch nur ad hoc statt, beispielsweise im Rahmen von Prüfungen, Missionen oder bei der jährlichen Programmberichterstattung. Auf einer höheren strategischen Ebene wurden regelmäßige sektorale Treffen innerhalb der Koordinationsstrukturen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit durchgeführt (Botschaft/EZ-Ebene), hauptsächlich zur übergeordneten Abstimmung.

6. Externe Kohärenz

Das Programm nutzte und ergänzte die bestehenden Systeme des Partners. Konzeptionell trug das Vorhaben zur Umsetzung der äthiopischen Dezentralisierungsstrategie bei, z.B. im Bereich der fiskalischen Dezentralisierung. Die Strukturen des Finanzministeriums auf föderaler, regionaler und Stadtebene verwalteten die Finanzmittel als zweckgebundene Zuschüsse über separate Bankkonten, die jedoch weiterhin dem Public Financial Management and Accountability System der äthiopischen Regierung unterlagen. Die UGDP-Mittel wurden den Städten als zweckgebundene Zuschüsse zugeleitet. Die Höhe der Zuschüsse bemaß sich an der Bevölkerungszahl und betrug 70 bis 80 % der Investitionsmittel, was auf die einzelnen Städte bezogen, zwischen 40 und 70 % von deren Investitionsbudget ausmachte. Entsprechend der Umsetzungsleistung sollten weitere 20 bis 30 % als zweite Tranche zugewiesen werden, nach erfolgreicher Umsetzung der ersten Tranche, wozu sich vier Städte qualifizierten. Die Städte hatten volle Entscheidungsfreiheit über die Verwendung der Mittel im Einklang mit den in ihrer jeweiligen Stadt festgelegten Sektorprogrammen. Die Kohärenz mit den Partnerinteressen wird auch durch die entrichtete Eigenbeteiligung des Partners i.H.v. etwa 20 % der Investitionskosten belegt.

Die Weltbank ist der größte Geber im Bereich der Governance und Stadtentwicklung. In der ersten Phase ihres Urban Local Government Development Programme (ULGDP I, 2008-2013, mit einem Finanzvolumen von ca. 420 Mio. USD erhielten 18 Partnerstädte Unterstützung in Form von Krediten zu International Development Association (IDA)-Konditionen. Unter diesen befanden sich auch die 11 Städte des durch die FZ finanzierten UDF-Projekts, das als Pilotvorhaben kommunaler Infrastrukturprojekte gilt. Die zweite Phase des ULGDP (2014-2017) hatte ein Finanzierungsvolumen von ca. 520 Mio. USD (340 Mio. USD bereitgestellt von der IDA und ca. 180 Mio. USD an Eigenbeitrag durch die äthiopische Regierung). Neben den bereits beteiligten 18 Städten wurden in dieser zweiten Phase weitere 18 neue Städte aufgenommen. Zudem wurden die 8 Städte, die im Rahmen des hier evaluierten FZ-UGDP Vorhabens gefördert wurden, ebenfalls in ULGDP II integriert. Somit umfasste ULGDP II insgesamt 44 Städte. Die Ansätze von ULGDP I und ULGDP II bauen aufeinander auf, sie ähneln konzeptionell den Programmen der FZ (UDF und UGDP).

Die WB unterstützte mit einem weiteren vergleichbaren Programm (Urban Infrastructure and Institutional Development Program, UIIDP) den Sektor bis 2024. Heute profitieren insgesamt 117 Städte von den Programmen der EZ sowie der Weltbank. Eine direkte Kooperation auf Programm- und Projektebene mit der deutschen FZ fand nicht statt.

Des Weiteren wurde in allen 8 Programmstädten des UGDP ein Ergänzungsvorhaben „Leveraging Urban Spending to maximise the Benefits for the Urban Poor“ durchgeführt, was ein durch die Bill und Melinda Gates Stiftung (BMGF) kofinanziertes Vorhaben war. Hierbei handelte es sich um Pflastersteinstraßen, Märkte und Entwässerungssysteme. Über einen Pro-Poor Performance Grant für besonders armutsorientierte Investitionen in die städtische Infrastruktur und einen Innovation Funds für innovative Ansätze in der Stadtentwicklung wurden den Städten, in Ergänzung zum FZ-Vorhaben UGDP, zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Hierdurch sollten Anreize geschaffen werden, den armutsorientierten Ansatz zur Stadtentwicklung von UGDP zu verstärken. Hierzu wurde eine Kombifinanzierung mit dem FZ-Vorhaben zu Stadtentwicklung und Dezentralisierung über ca. 5,2 Mio. USD mit einer Laufzeit bis Ende Dez. 2014 vereinbart. Auch die GIZ-Komponente profitierte von einer parallelen Kombifinanzierung mit der BMGF.

Zusammenfassende Bewertung der Kohärenz: **erfolgreich (2)**

Fachlich betrachtet profitierten die Städte von den unterschiedlichen Interventionen der technischen- und finanziellen Zusammenarbeit, was sich positiv auf ihre technischen und administrativen Funktionen auf allen Ebenen auswirkte und zu einer Verbesserung der Dienstleistungsbereitstellung führte. Allerdings konnten die Potentiale nicht vollumfänglich genutzt werden, da auf operativer Ebene wenig direkte Zusammenarbeit erfolgte (z.B. in der Nutzung von Monitoringsystemen und Ergebnissen des gemeinsamen Lernens).

Die FZ-Programme UDF und UGDP waren hinsichtlich ihrer direkten Unterstützung der Städte und Nachfragerorientierung konzeptionell wegweisend für die Weltbankprogramme. Die mit Unterstützung der EZ-Programme in den Städten entwickelten Strukturen, Instrumente und Prozesse, einschließlich derer der Rechenschaftslegung, wurden von der WB in deren Programme überführt und weiterentwickelt. Auch hier hätten die Potentiale noch stärker genutzt werden können, wenn Weltbank und FZ stärker zusammengearbeitet hätten.

Da die interne Kohärenz mit kleinen Einschränkungen, und auch die externe Kohärenz in weiten Teilen positiv zu bewerten ist, bewerten wir die Kohärenz insgesamt als erfolgreich.

Effektivität

7. Erreichung der Ziele

Das Ziel auf Outcome-Ebene war ist die erhöhte Nutzung der lokalen Infrastruktur und die Verbesserung der Verwaltungsleistung der Städte (duale Zielsetzung). Zur Messung des Outcome-Ziels wurden folgende Indikatoren herangezogen:

Indikator	Status bei Prüfung	Zielwert bei EPE (Prüfung)	Istwert bei AK	Istwert bei EPE
(1) NEU: Anteil der Haushalte, die die bereitgestellte Infrastruktur nutzen.	Ausgangsniveau in den Programmstädten wurde bei Programmstart vom Consultant erhoben**	+ 20%	+ 33%*	Geschätzt: > + 33% Zielwert erreicht
(2) NEU: Beteiligungsgrad der Bevölkerung an der Identifizierung und Überwachung der Infrastruktur.	Keine Beteiligung	80%		Zielwert erreicht
(3) Anteil voll funktionsfähiger Strukturen.	Keine Einrichtungen	80% sind 3 Jahre nach Programmende voll funktionsfähig.	100%*	80% (bezogen auf Kontrollgruppe von 4 Städten) Zielwert teilweise erreicht

(4) Anteil der Stadtverwaltungen mit eingestellten Mitteln für die Instandhaltung und den Betrieb.	Ausgangsniveau in den Programmkommunen wurde bei Programmstart vom Consultant erhoben**	80% bei Programm-Ende.	Gemäß Capital Investment Plan (CIP), erforderlich für WB-Finanzierung	100% (Indikator für WB Finanzierung, die alle Projektkommunen erhalten haben)
				Zielwert erreicht

Tabelle 2: Outcome-Zielerreichung.

Quelle: Eigene Darstellung.

Notiz:

*Indikatoren sollten ursprünglich 3 Jahre nach Projektabschluss bestimmt werden, wegen COVID und Reisebeschränkungen war dies nicht möglich. Zum Zeitpunkt der AK wurde die Steigerung der Nutzung mit 33% beziffert, es waren allerdings drei Maßnahmen noch nicht abgeschlossen, bzw. funktionstüchtig. Es ist zu beachten, dass die Ex-post-Evaluierung erst im Juni 2025 durchgeführt wurde, also über 8 Jahre nach Abschluss der Programmmaßnahmen. Der Einfluss des Zeitfaktors auf die Ergebnisse (Ist-Werte) kann nicht zuverlässig bestimmt werden. Der Status hätte möglicherweise anders ausgesehen, wenn die Ex-post-Evaluierung zum unter normalen Umständen vorgesehenen Zeitpunkt nach Abschluss des Programms, durchgeführt worden wäre.

**Erhebungen durch den Consultant sind nicht bekannt. Basiswert Indikator (1) aus GIZ BE 2015: 32% Zugang 2010, Steigerung bis 2014 um 33% (AK Wert) auf insgesamt 65%; Basiswert Indikator (4): es ist anzunehmen, dass bei PP keine Mittel für Betrieb und Wartung im Budget ausgewiesen waren.

***Der Indikator wurde 2015 erreicht (100%, Schlussbericht GIZ). Heute spiegeln in allen Städten die jährlichen Haushaltspläne die Ergebnisse konsultativer Entscheidungsprozesse wider, sie sind Voraussetzung für die Zusagen von WB-Finanzierungen und werden von allen Städten erfüllt.

Indikator 1: Der Indikator der Infrastrukturnutzung durch die Bevölkerung wurde bei allen in der Stichprobe begutachteten Standorten, mit Ausnahme der Deponie in Semera-Logia erfüllt. Bezüglich des Markts in Nekemte, der bei AK nicht abgeschlossen war, liegen wegen dessen Nicht-Bereisbarkeit keine Informationen vor. Die zweite Deponie in Debre Markos wurde fertiggestellt und betrieben. Aufgrund aktueller Satellitenaufnahmen kann darauf geschlossen werden, dass die Deponie derzeit noch mäßig oder nicht mehr genutzt wird, was nach ca. 8 jähriger Betriebszeit plausibel ist. Der Indikator wurde somit für 11 von 13 Einzelmaßnahmen erfüllt. Der Anteil der Haushalte mit verbesserter Nutzung (Zugang) ist zum heutigen Zeitpunkt schwer abzuschätzen, die Städte sind teilweise erheblich gewachsen sind. Gemäß der letzten Erhebung durch die GIZ (Citizen Satisfaction Survey) waren 2014 54 % der Bürger in den Programmkommunen zufrieden mit der Nutzung der geschaffenen Infrastruktur, zu einem Zeitpunkt zu dem weniger als 50 % aller UGDP-Projekte abgeschlossen waren. Es ist nach Fertigstellung der Infrastruktur und unter Berücksichtigung des zwischenzeitlichen Bevölkerungswachstums der Städte davon auszugehen, dass sich die Steigerung der Nutzung weiter erhöht hat und über 33 % beträgt. Dies deckt sich mit dem Eindruck vor Ort in den 4 Städten, hier werden die besuchten Einzelmaßnahmen gut genutzt.

Indikator 2: Alle acht Programmkommunen hatten 2015 partizipative Planungsprozesse mittels öffentlicher Anhörungen zur Priorisierung von Investitionsprojekten eingeführt. Der Frauenanteil an den Treffen lag durchschnittlich bei ca. 40 % (GIZ Schlussbericht 2015). Heute spiegeln in allen Städten die jährlichen Haushaltspläne die Ergebnisse konsultativer Entscheidungsprozesse wider, sie sind Voraussetzung für die Zusagen von WB-Finanzierungen und werden von allen Städten erfüllt. Dies deckt sich mit den Informationen vor Ort bei Evaluierung in den 4 besuchten Städten.

Bzgl. der Indikatoren für Betrieb und Wartung (Indikator 3, 4) variieren die Ergebnisse sowohl zwischen den Städten als auch zwischen den Infrastrukturentypen. Während der Vor-Ort-Besuche wurde festgestellt, dass die Straßen und Entwässerungssysteme insgesamt akzeptabel unterhalten werden: sie sind funktionsfähig, relativ sauber, werden routinemäßig gereinigt und wurden teilweise weiter ausgebaut. Zwischenzeitlich aufgetretene Schäden wurden teilweise sichtbar repariert, größere Reparatur- und Ersatzmaßnahmen an den Auslässen der Entwässerungskanäle in den besichtigten Fällen allerdings nicht durchgeführt. Die besuchten Gemeinden investierten deutlich aus Eigenmitteln in Betrieb und Wartung ihrer Infrastruktur, dennoch sind Betrieb und Wartung grundsätzlich unterfinanziert und können nach Priorisierung nicht in vollem Umfang durchgeführt werden. Immerhin verfügten alle Städte über einen selbständig erstellten Capital Investment Plan (CIP) mit explizierten Budgetposition für Betrieb und Wartung. Das Vorliegen eines CIP ist ein zentraler Indikator zur Qualifikation für IDA-Kredite aus den WB-Programmen. Alle Projektkommunen haben Mittel aus diesen Programmen erhalten, konnten sich also u.a. durch das Vorhandensein eines CIP qualifizieren.

8. Beitrag zur Erreichung der Ziele

Outputs: Zwischen 2012 und 2017 wurden in acht Programmkommunen folgende 13 Infrastrukturmaßnahmen realisiert: **Adwa – Straßen-, Wegeentwässerung und Kopfsteinpflasterstraßen;** Assosa: Straßen-, Wegeentwässerung; Debre Markos: Abfallentsorgung (Deponie und technische Ausrüstung); Gambella: Kopfsteinpflasterstraßen; **Jigjiga: Straßen-, Wegeentwässerung;** Nekemte: Markt; **Semera: Abfallentsorgung (Deponie und technische Ausrüstung); Yirgalem: Kopfsteinpflasterstraßen.**

Gemäß Abschlusskontrollbericht (AK) vom 16.03. 2018 waren alle geplanten Infrastrukturmaßnahmen bis auf drei Maßnahmen (2 Deponien mit Spezialfahrzeugen und ein Markt) in Betrieb (10 von 13 Einzelmaßnahmen). Der Output blieb folglich etwas

hinter den Zielen zurück. Wegen mehrjähriger Reisebeschränkungen in die Region konnte diesbezüglich keine Nachverfolgung stattfinden. Im Rahmen der Evaluierung konnten nur die fett markierten Einzelmaßnahmen besucht werden, da Reiseverbote zu den anderen Orten bestanden (Jigjiga, Yirgalem – vor Ort Besuche), Adwa, Semera – virtuell mittels Video-Calls, Foto- und Videodokumentationen).

Die nachfrageorientierte Finanzierung von kommunalen Infrastrukturvorhaben stand im Mittelpunkt des FZ-Vorhabens. Darüber hinaus wurden Consultingleistungen finanziert, um den Projektträger bei der Projektidentifizierung, Planung und Implementierung zu unterstützen. Alle genannten Outputs wurden wie geplant erbracht. Defizite gibt es bei der Nutzung der Infrastruktur durch die Städte bzw. die Bevölkerung (s.o. Deponie Semera-Logie und Markt Nekemte, über den keine Informationen vorliegen).

Der gleiche Zugang für alle Bevölkerungsgruppen und -schichten zu den erbrachten Outputs und geschaffenen Kapazitäten ist diskriminierungsfrei gewährleistet. Frauen profitierten in besonderem Maße von den geschaffenen Infrastrukturen durch zeitweise Beschäftigung beim Bau der Einzelmaßnahmen und der nachfolgenden Aufnahme von Geschäftstätigkeiten, zudem auch von dem verbesserten sicheren Zugang zu sozialen und kirchlichen Einrichtungen.

Im Gegensatz zu dem Abfallprojekt in Debre Markos, welches aus FZ-Mitteln aus UGDP finanziert wurde und angemessen betrieben wurde, war das Abfallprojekt in Semera-Logia nicht erfolgreich: Die aus FZ-Mitteln finanzierte Abfalldeponie wurde nicht in Betrieb genommen, die Abfallentsorgung erfolgt bis heute durch Ablagerung auf wilden Müllkippen. Gründe für diese Situation sind vielfältig. Die Vertreter der Stadt verweisen auf die verzögerte Fertigstellung der Deponie, die nochmals spätere Lieferung der Spezialfahrzeuge für den Deponiebetrieb sowie nicht vorhandene Kapazitäten und Training für die spezifischen Anforderungen eines Deponiebetriebs. Hauptgründe seien auch die Entfernungen des Deponiestandorts von den städtischen Siedlungsgebieten der beiden Nachbarstädte Semera und Logia, etwa 7,8 km vom Schwerpunkt zwischen den beiden Städten, von Logia nur 4,4 km, welche Transportkosten verursachen, die die Städte nicht aufbringen können bzw. gewillt sind, aufzubringen.

Abfallprojekte erfordern grundsätzlich wegen ihrer hohen Komplexität einer detaillierten standortbezogenen Planung und einer intensiven Begleitung der Partner beim Betrieb der Anlagen, was offenbar durch das Vorhaben nicht geleistet werden konnte. Abfallprojekte sind im Rahmen eines Dezentralisierungsprogramms, wie es in diesem Vorhaben konzipiert war, mit großen Herausforderungen verbunden und waren bereits im Vorgängervorhaben UDF nicht erfolgreich. Für Abfallprojekte empfiehlt sich daher ein sektorspezifischer Ansatz, der Investitionen mit nationalen Strategien und Standards verbindet und den Städten eine umfassende Unterstützung bei Bau und Betrieb der neuen Anlagen bietet, welche idealerweise über den Abschluss der Bau- und Lieferleistungen hinausreicht.

Hier gibt es Parallelen zum WB - Programm ULGDP II. Dort waren 13 Abfalldeponien bereits bei der Projektplanung aufgrund von Projektanträgen von Programmkommunen identifiziert. Das Ministerium und die Weltbank rieten jedoch den Stadtverwaltungen davon ab, den Bau dieser Deponien umzusetzen, da es unter ULGDP I bereits Probleme mit ähnlichen Projekten gegeben hatte.

Die Erfahrungen zeigten, dass vergleichbare Anlagen nicht ordnungsgemäß genutzt und zu Müllkippen umfunktioniert wurden. Aus diesem Grund wurden die Deponien nicht in die Investitionspläne (CIPs) der Städte unter ULGDP II aufgenommen.

Über Zustand und Betrieb des – aufgrund von Reisebeschränkungen nicht besuchbaren - Marktes in Nekemte liegen trotz mehrerer Anfragen durch das KfW Büro Addis beim Träger und anderen Stellen keine Erkenntnisse vor.

Die Höhe der kommunalen Finanzmittel, die sich aus Eigeneinnahmen aus Steuern und Serviceleistungen, geringen staatlichen Zuwendungen und zum überwiegenden Teil aus Programmen der Entwicklungspartner zusammensetzen, ist in Bezug auf die hohe Urbanisierungsrate unzureichend. Dies zeigt sich besonders bei Reparatur und Wartung, die nach Priorisierung nicht in erforderlichem Umfang durchgeführt werden können.

Die Kapazitäten der Kommunalverwaltungen in Bezug auf Planung, Bau und Instandhaltung der städtischen Infrastruktur (ursprüngliches Modulziel) sind deutlich gestiegen. Dies zeigt sich insbesondere durch die starke Zunahme in der Anzahl der von den Kommunen als Bauherren selbst durchgeführten Investitionsprojekte, was in hohem Maße auf die ULGDP-Kredite der Weltbank zurückzuführen ist, von denen alle 8 UGDP-Städte bis heute profitieren. Eine eindeutige Attribution der Wirkungen zu den UGDP-Projekten ist, nachdem weitere vergleichbare Projekte, häufig im größeren Umfang, aus den WB-Programme dazugekommen, nicht möglich. Eine Messung der Entwicklungen der institutionellen Kapazitäten und Infrastrukturumsetzung in allen Städten, die von den WB Programmen profitierten (zuletzt 117 Städte), erfolgte im Rahmen eines jährlichen Annual Performance Assessment (APA). Die überwiegend positiven Ergebnisse in diesen Berichten spiegeln allerdings teilweise nicht die wirklich vorhandenen Kapazitäten wider, da die Mehrzahl der Disbursement Link Indicators¹ (DLI) technisch-prozeduraler Natur waren und sich als weniger geeignet erwiesen, die konkret vorhandenen Kapazitäten zu erfassen. Zudem machten die Städte teilweise Falschangaben, um sich für die Zusage einer WB-Finanzierung zu qualifizieren.

¹ Disbursement Link Indicators (DLI): Nachweis des Erreichens dieser Indikatoren ist Voraussetzung für die Auszahlung von WB-Krediten

9. Qualität der Implementierung

Im Rahmen der Abschlusskontrolle (AK) wurde die Qualität der Bauausführung für die Standorte grundsätzlich als angemessen bewertet. Im Hinblick auf die erbrachten Planungsleistungen wurden allerdings Defizite festgestellt, welche die Funktionalität der Projektmaßnahmen in Einzelfällen einschränkten. Dies betraf z.B. die Standortwahl für die Deponie in Semera-Logia, die nach Aussagen der Vertreter der Stadt die Entfernungen zwischen den beiden Teilstädten Semera und Logia die zusätzliche Entfernung zur Deponie nicht ausreichend berücksichtigte, was dazu führte, dass die Deponie nicht genutzt wurde. Es betraf auch die hydraulische Bemessung von Entwässerungskanälen - hier kam es teilweise zu Unterspülungen, was dann zu Beschädigungen der Kanäle auf den letzten 10-30 Metern führte. Hierbei handelt es sich um Erosionserscheinungen und bedingte Schäden, die nach über 10 Jahren insbesondere an kritischen Geländesituationen mit hohem Gefälle auftreten können.

10. Nicht-intendierte Wirkungen (positiv oder negativ)

Während der Standortbesichtigungen und durch Interviews konnten auf Einzelprojektebene größtenteils keine nicht intendierten positiven oder negativen Wirkungen festgestellt werden. In Semera-Logia, wo die neue Deponie nicht in Betrieb ging, wurde die Abfallentsorgung ohne geordnete Deponie nach altem Muster fortgesetzt. Hier ist anzunehmen, dass die negativen Umweltbelastungen durch Beibehaltung der wilden Müllkippen, bei erhöhten Abfallmengen zugenommen haben. Von der neu gebauten, nicht genutzten Deponie in Semera-Logia konnten theoretisch keine negativen Wirkungen ausgehen.

Zusammenfassende Bewertung der Effektivität: Bsp. eingeschränkt erfolgreich (3)

Das Outcome-Ziel wurde bei den 11 von 13 Einzelmaßnahmen (85 % der geplanten Einzelmaßnahmen) erreicht, die vier definierten Indikatoren wurden hierfür als erfüllt bzw. teilweise erfüllt bewertet. Allerdings wird eine vergleichsweise teure Investition nicht genutzt (Deponie Semera-Logia mit 12 % der Investitionskosten) und bezüglich der Nutzung des Marktes in der nicht besuchbaren Stadt Nekemte gibt es trotz mehrfacher Nachfragen keine Informationen. Die Effektivität des Vorhabens wird somit als insgesamt als eingeschränkt erfolgreich beurteilt.

Effizienz

11. Produktionseffizienz

Insgesamt wurden 10 Straßen- und Entwässerungsvorhaben, 2 Abfalldeponien sowie 1 Markt umgesetzt. Der größte Anteil des gesamten Investitionsvolumens entfiel auf Straßen- und Entwässerungsmaßnahmen, die höchsten Einzelinvestitionen wurden für die Abfalldeponien und den Markt getätigt. Die spezifischen Investitionskosten waren branchenüblich (88.000-220.000 EUR pro km Entwässerungskanal je nach Gelände und lokalen Gegebenheiten, ca. 220.000 EUR pro km Kopfsteinpflasterstraße in arbeitsintensiver Bauweise, ca. 5.000 EUR pro Marktstand in einem 4-geschossigen Gebäude mit sozialen Einrichtungen, 5 Euro pro m3 Abfallablagerung auf kleinen Deponien). Die Qualität der Bauausführungen kann insgesamt für die jeweiligen Standorte als angemessen bewertet werden.

In Bezug auf die geplanten Investitionen an den Projektstandorten (einschließlich Ausrüstung und lokaler Beratungsleistungen für Detailplanung und Bauüberwachung) lagen die tatsächlichen Kosten um etwa 15 % unter den ursprünglich veranschlagten Kosten. Die Unterschreitung der Kosten der Investitionen lag zum einen an der vorgegebenen regional und proportional ausgeglichenen Verteilung der Investitionsmittel auf die Städte, die einen Ausgleich von Mehr- und Minderkosten zwischen Projektstädten nicht erlaubte und zum anderen an den beschränkten Gesamtkosten eines Einzelprojekts, bedingt durch die Verfügbarkeit der Eigenmittel der Programmstädte (Eigenbeitrag der Städte von 20 % auf die Kosten der Infrastrukturmaßnahmen).

Im Gegensatz dazu überstiegen die Kosten für die internationalen Beratungsleistungen (einschließlich Trainingsmaßnahmen und Eventualposten) den ursprünglich kalkulierten Betrag deutlich. Grund waren die Verlängerung der Vertragslaufzeit um etwa 29 Monate auf insgesamt etwa 65 Monate (bis April 2017) sowie die für die Verlängerung zur Anwendung kommende Preisgleitklausel. Der Anteil der Kosten des Durchführungsconsultant an den Gesamtkosten des Projekts fiel dadurch überproportional hoch aus und lag bei 25 %. Damit blieben insgesamt die Gesamtkosten mit 11,85 EUR Mio. etwa 0,45 EUR Mio. unter den Plankosten von 12,3 EUR Mio.

Die Verzögerungen bei der Implementierung entstanden aus vielfältigen Gründen. Dazu gehörten die begrenzten Kapazitäten der Stadtverwaltungen und der lokalen Baufirmen und Ingenieurbüros, eine hohe Fluktuation des Personals in den Programmstädten, neu etablierte partizipative Planungsprozesse, sich lange hinziehende Vergabeprozesse für Planungs- und Bauleistungen, unterschätzte witterungsbedingte Einflüsse, die teilweise Nichtverfügbarkeit wesentlicher Baumaterialien sowie verspätete Zahlungen an die Baufirmen.

Von politischen Konflikten, die ab Ende 2015 in den Regionen Oromia und Amhara verstärkt zu Unruhen führten, waren die Projekte in Gambella, Nekemte und Jigjiga betroffen. Seit November 2015 kam es in Oromia, seit etwa Mitte 2016 auch in Amhara verstärkt zu Unruhen, weshalb die Regierung im Oktober 2016 den Ausnahmezustand verhängte. Dieser politische Konflikt beeinträchtigte die Umsetzung der zu diesem Zeitpunkt noch laufenden Projekte in Gambella, Nekemte und Jigjiga. Die Bauarbeiten wurden unterbrochen und das MUDH konnte keine Reisen zu den Projektstandorten mehr unternehmen. Es kam dadurch zu Verzögerungen bei der Fertigstellung der Einzelprojekte.

Auf zentraler Partnerebene erwies sich die Umsetzungseinheit des Ministeriums als schwach. Zögerliches und bürokratisches Management und mangelnde Entscheidungsbereitschaft führten auch dort zu Verzögerungen, wodurch die Durchleitung von Projektmitteln an die Städte, bei Anwendung nationaler fiskalischer Prozesse, betroffen war, was sich wiederum negativ auf die zeitgerechte Bereitstellung der Eigenbeiträge der Städte auswirkte. Sämtliche finanzierten Bau-, Liefer- und Beratungsleistungen wurden unter Einhaltung der nationalen Vergabevorschriften an private Unternehmen vergeben. Vertragspartner waren hierbei die jeweiligen Stadtverwaltungen und die Bau- und Planungsunternehmen. Bezüglich der Verzögerungen bei Ausschreibungen und Vergaben ist positiv anzumerken, dass die Stadtverwaltungen der Programmstädte alle Vergabeverfahren für Bau-, Liefer- und Beratungsleistungen eigenständig, auf Grundlage nationaler Verfahren durchführten, unterstützt durch den Durchführungsconsultant. In einigen Fällen wurden Planungs- und Ausschreibungsunterlagen mit eigenen Ressourcen der jeweiligen Städte erstellt.

Insgesamt lag die Verzögerung des FZ-Vorhabens bis zur AK bei 28 Monaten, d.h. die tatsächliche Durchführungszeit belief sich auf 76 Monate gegenüber einer Veranschlagung von 48 Monaten bei Programmprüfung (Soll von Januar 2011 bis Dezember 2014, lt. Datenblatt Projektvorschlag (PV), versus Ist bei AK von Januar 2011 bis April 2017). Aufgrund der erheblichen Verzögerungen in der Projektumsetzung, mit damit einhergehenden Kostensteigerungen und verspäteter Nutzbarkeit der Infrastruktur, wird die Produktionseffizienz des Vorhabens als eher nicht erfolgreich erachtet.

12. Allokationseffizienz

Die umgesetzten Projektmaßnahmen bauten auf den Erfahrungen des vorhergehenden FZ-Vorhabens UDF auf, was in mittelgroßen und größeren Städten durchgeführt wurde. Im Gegensatz dazu war dieses hier evaluierte UGDP speziell darauf ausgerichtet, auch die Bedürfnisse kleinerer Städte und Regionalhauptstädte in peripheren Lagen zu adressieren, die insbesondere im Bereich der öffentlichen Infrastruktur erhebliche Defizite aufwiesen und über sehr schwache Verwaltung- und Fachkapazitäten verfügten. Die Allokation für die Einzelvorhaben orientierte sich an den Prioritäten, die durch partizipative Stadtplanungsprozesse in den Programmstädten unter Einbezug der Bevölkerung festgelegt wurden. Diese Allokation funktionierte gut aus unserer Sicht, bis auf die Fehlplanung des Marktes in Semera-Logia. Alle 8 Projektstädte waren nach Abschluss des FZ-Vorhabens in der Lage, erfolgreiche Projektanträge für die Erlangung von Finanzmitteln aus den leistungsbasierten Programmen ULGDP und UIIDP der Weltbank zu entwickeln. Sie erfüllten die Förderkriterien und erhielten allesamt IDA-Darlehen (von der Regierung als Zuschuss an die Städte weitergeleitet) zur Finanzierung öffentlicher Infrastruktur und waren, wenn auch mit einigen Einschränkungen, in der Lage, diese Einzelprojekte anschließend umzusetzen (s. hierzu unter Nachhaltigkeit).

Im Rahmen des FZ-Vorhabens wurden keine Einzelmaßnahmen implementiert, die Genderwirkungspotenziale gezielt adressierten, es wurden somit keine gender-disaggregierten Daten erhoben. Entsprechend ist es nicht möglich, zwischen den Gender-Ergebnissen und den allgemeinen Ergebnissen der FZ-Maßnahme zu differenzieren. In den WB-Berichten zu den vergleichbaren Programmen sind die positiven Genderwirkungen hingegen beschrieben und beziffert: Frauen waren zu 45% an den arbeitsintensiven Beschäftigungsmaßnahmen beteiligt, die Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen wurde gestärkt und erreichte einen kumulierten Durchschnitt von 52 %. Darüber hinaus verzeichneten die WB - Programme einen bemerkenswerten Anstieg des Frauenanteils: sowohl auf Fach- als auch auf Führungsebene (2024 waren 47,66 Prozent der öffentlichen Fachkräfte und 44,67 Prozent der Führungspositionen in den Stadtverwaltungen mit Frauen besetzt).

Somit entsprach der angewandte Allokationsmechanismus den nationalen Dezentralisierungsprioritäten auch für etwas kleinere Städte als beim UDF - und wird daher als angemessen bewertet. Die Stadtverwaltungen und die Bevölkerung profitieren bis heute von der durch die verschiedenen mit FZ-Mitteln umgesetzten Infrastrukturmaßnahmen. Das Verfahren der Dispositionsfonds hat sich für diesen Projekttyp als effizient erwiesen. Zusammenfassend wird die Allokationseffizienz als erfolgreich bewertet.

Zusammenfassende Bewertung der Effizienz: **eingeschränkt erfolgreich (3)**

Die Produktionseffizienz wird insbesondere aufgrund der erheblichen Verzögerungen in der Projektumsetzung, die zu teilweise starken Kostensteigerungen sowie einer verspäteten Nutzbarkeit der Infrastruktur führten, als eher nicht erfolgreich bewertet. Die Allokationseffizienz war vergleichsweise erfolgreich. Die erzielten Wirkungen hätten durch alternativ geplante Maßnahmen (z.B. bei der Deponie Semera-Logia) zwar gegebenenfalls erhöht werden können, allerdings lässt sich dies aufgrund der langen Zeitspanne zwischen Planungsphase und EPE, bei den festgestellten, teilweise erheblichen physischen und sozio-ökonomischen Entwicklungen nicht mit Sicherheit belegen. Insgesamt wird die Effizienz als eingeschränkt erfolgreich bewertet.

Impact

13. Übergeordnete entwicklungspolitische Veränderungen

Das im Rahmen der EPE angepasste Ziel lautet: Das Vorhaben leistet einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen der überwiegend armen Bevölkerung. Zur Messung des Impact-Ziels wurden folgende Indikatoren herangezogen:

Indikator	Status bei Prüfung	Zielwert bei EPE (Prüfung)	Istwert bei AK	Istwert bei EPE
(1) Prozentualer Anteil der Nutzer in den geförderten Projektstädten, der mit den Wirkungen der durch FZ finanzierten Dienstleistungen/Basisinfrastruktur zufrieden ist.	19%*	60%	54% (2014)*	> 60% ** Zielwert erreicht
(2) NEU: Prozentualer Anteil der Städte, die ihre Eigeneinnahmen im Vergleich zum Vorjahr um 10% erhöht haben.***	0	70%	Keine Angabe	Zielwert erreicht
(3) Prozentualer Anteil der Bürgermeister von Mitgliedstädten, der bestätigt, dass die lokalen und internationalen Erfahrungen anderer Städte für die Steuerung ihrer lokalen Entwicklung nützlich waren.*	0	50 % der Bürgermeister aller UGDP Städte bestätigen Zufriedenheit	Alle UGDP Städte (2014)	Zielwert erreicht****

Tabelle 3: Impact-Zielerreichung.

Quelle: Eigene Darstellung.

Notiz:

*aus GIZ Citizen Satisfaction Survey 2010/2014

**es wurde bis 2014 eine ständige Steigerung der Zufriedenheit gemessen (GIZ Citizen Satisfaction Survey 2010/2014, 2014 bei 54%), zu diesem Zeitpunkt waren nicht alle Maßnahmen abgeschlossen; Zufriedenheit > 60% aufgrund von Schätzung nach Ortsbesichtigungen bei EPE, unter Einschluss aller bis 2025 geförderten Infrastrukturmaßnahmen, einschl. WB-Programmen)

***WB hat hierzu einen Indikator in ULGDP II: 'ULG that achieve an increase of own source municipal revenue of at least 10 percent over the previous year', gemessen wurde von 2014-19. Dies trifft auf 34 von 44 Städten zu. Die Städte, die diesen Indikator nicht erfüllen, werden ausselektiert aus dem Programm. Auch im Nachfolgeprogramm UIIDP gibt es den Indikator, von 104 von 117 Städten erfüllt. Disaggregierte Zahlen zu den aus FZ-Mitteln finanzierten Städten liegen allerdings nicht vor.

****Die Mitgliederanzahl des äthiopischen Städteverbands lag 2014 bei 28 Mitgliedsstädten (GIZ BE). Bürgermeister oder Stadtmanager bestätigten, dass sie mindestens zwei gute Praktiken in ihrem lokalen Kontext eingeführt haben

Die Indikatoren, die zur Messung der Zielerreichung auf Ebene des gemeinsamen EZ-Programms herangezogen werden, waren bereits 2014 nahezu (Indikator 1) oder vollständig erreicht (letzter Citizen Satisfaction Survey GIZ, 2014). Aktuelle Daten liegen allerdings nicht vor. Ergänzend ist zu sagen, dass im Rahmen von UGDP pro Stadt nur 1-3 Infrastrukturprojekte in zwei Auswahl- und Implementierungsabschnitten realisiert wurden (z.B. Drainage und Straße oder Markt oder Deponie), wobei die Maßnahmen aus der ersten Runde im Jahr 2024 überwiegend abgeschlossen waren. Zugang sowie Zufriedenheit, bezogen auf die gesamte Stadtbevölkerung, in den einzelnen Städten variieren allerdings, bedingt durch die unterschiedliche Anzahl von Maßnahmen sowie dem Fertigstellungszeitpunkt. Darüber hinaus ist zu beachten, dass diese Evaluierung erst ca. 8 Jahre nach der Abschlusskontrolle

erfolgte, aufgrund jahrelanger Reisebeschränkungen. Die Städte haben sich in diesem Zeitraum teilweise erheblich strukturell und demographisch verändert. Es bleibt daher eine **Attributionslücke** bestehen, insbesondere in jenen Städten, in denen die rasante Stadtentwicklung die adäquate Versorgung mit lokaler Infrastruktur überholt hat. So wurde in Jigjiga gerade eine frühere Projektstraße mit Entwässerungskanal in eine verbreiterte Asphaltstraße mit vergrößertem Entwässerungskanal ausgebaut. Eine Attributionslücke besteht insbesondere in Bezug auf eine Differenzierung der Wirkungen a) hervorgerufen durch FZ-Interventionen unter UGDP und b) durch die nachfolgend in denselben Städten realisierten vergleichbaren Einzelprojekte, finanziert aus den WB-Programmen.

14. Beitrag zu übergeordneten intendierten entwicklungspolitischen Veränderungen

Insgesamt führt die Bürgerbeteiligung bei der Identifizierung prioritärer Projekte dazu, dass diese Einzelvorhaben in der Regel auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zugeschnitten sind und positive Wirkungen erzielen. In den besuchten Städten wurde von den Gesprächsteilnehmern eine hohe Zufriedenheit mit den Projektmaßnahmen bekundet. Nach deren Einschätzung leisten die Einzelprojekte einen erkennbaren Beitrag zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. So wurden jeweils eine beträchtliche Anzahl temporärer (während der Bauphase) und permanenter Arbeitsplätze pro Stadt geschaffen (Straßenbau und -wartung, Entwässerungskanäle-, Marktplatzreinigung, Handel, Abfallsammlung), Transportkosten wurden reduziert und Stadtviertel wurden durch die aus FZ-Mitteln befestigte Straßen aufgewertet. Die entsprechenden Entwässerungskanäle verhindern oder reduzieren Überschwemmungen und tragen zusammen mit der Abfallsammlung dazu bei, die gesundheitlichen Auswirkungen saisonaler Überschwemmungen zu reduzieren, v.a. Malaria und Durchfallerkrankungen. Das FZ-Vorhaben hat die wirtschaftlichen Aktivitäten gesteigert, und durch neue Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten Einnahmen für Kleinunternehmer erhöht, was bei den Projektbesuchen erkennbar war. Von den geschaffenen Beschäftigungen und wirtschaftlichen Aktivitäten profitierten nach Aussagen der Gesprächspartner zu einem erheblichen Anteil Frauen. Die Städte haben zudem Eigenanstrengungen unternommen, um ihre Einnahmen um bis zu 30% zu erhöhen, wie das teilweise Einführen einer neuen Grundsteuer (Property Tax-Prozess ist langwierig und hält an).

15. Beitrag zu übergeordneten nicht-intendierten entwicklungspolitischen Veränderungen

Beiträge zu nicht-intendierten Veränderungen konnten meistens nicht festgestellt werden. Eine Ausnahme ist die Einzelmaßnahme zur Abfallwirtschaft in Semera-Logia, hier wurden erhebliche Defizite festgestellt. Die neue geordnete Deponie in Semera-Logia wurde bislang nicht genutzt. Die Fortsetzung der traditionellen Methoden der Abfallentsorgung, nämlich der Nutzung offener Müllkippen, birgt Umwelt- und Gesundheitsrisiken. Die Städte und die mit der Abfallsammlung beauftragten Abfallkomitees konnten sich nach eigenen Angaben die Treibstoffkosten für den Transport nicht leisten. Dadurch entstehen zwar keine nicht-intendierten negativen Umwelt- und Gesundheitswirkungen durch das Projekt selbst, aber auch die bereits bestehenden Gesundheitsrisiken durch eine ungeordnete Ablagerung von Abfällen konnten nicht verringert werden. Es muss davon ausgegangen werden, dass sie sich bei erhöhten Abfallmengen verschärft haben.

Zusammenfassende Bewertung des Impacts: **eingeschränkt erfolgreich (3)**

Die positiven entwicklungspolitischen Veränderungen, zu denen das Vorhaben beigetragen hat, führten gemäß GIZ Citizen Satisfaction Survey bis 2014 zu einer stetig ansteigenden Zufriedenheit der Bevölkerung mit kommunalen Dienstleistungen. Die Eigeneinnahmen der Städte haben sich während und nach der Implementierung des Vorhabens um bis zu 30% erhöht. Aufgrund dieser Wirkungen kann insgesamt auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen, zumindest von Teilen der Bevölkerung geschlossen werden.

Allerdings stellt sich die heutige Situation uneinheitlich dar: Aufgrund des starken Bevölkerungswachstums in einigen Städte, dem die Kapazitäten der Stadtverwaltungen und der Ausbau der Infrastruktur nicht folgen konnten, haben Umfang und Qualität der Dienstleistungen abgenommen. Dies betrifft z.B. die Stadt Jigjiga, die am schnellsten von den Projektstädten gewachsen ist. Es ist davon auszugehen, dass für Teile der Bevölkerung eine Verbesserung der Lebensbedingungen aus heutiger Sicht nicht eingetreten ist. Aus diesem Grund werden die übergeordneten entwicklungspolitischen Wirkungen insgesamt mit eingeschränkt erfolgreich bewertet.

Nachhaltigkeit

16. Kapazitäten der Beteiligten und Betroffenen

Die während der Ortsbegehungen besichtigte Infrastruktur (Straßen- und Wegeentwässerungen, Kopfsteinpflasterstraßen, eine Deponie in Semera (virtuell)) ist seit acht bis elf Jahren in Betrieb. Während der Vor-Ort-Besuche entstand der Eindruck, dass die Ownership bei den Stadtverwaltungen und der Zielgruppe hoch ist. Die Städte sind heute weitgehend in der Lage, selbständig Infrastrukturprojekte partizipativ zu planen und umzusetzen, einschließlich der dazugehörigen Betriebs- und Wartungsarbeiten, bei gleichzeitig verbessertem Finanzmanagement. Die Führungs- und Fachpositionen in den Stadtverwaltungen, so haben die Ortsbesuche gezeigt, sind mit qualifiziertem Personal besetzt, die Personalfluktuationsrate ist in diesen Städten spürbar geringer, als zur Zeit der Projektimplementierung berichtet wurde. Die Bevölkerung wird teilweise an den Wartungsarbeiten beteiligt, wozu das von der WB verwaltete Programm 'Urban Productive Safety Net' durch Instrumente wie 'Cash for Work' Anreize setzt.

Die 8 FZ-Städte konnten ihre finanziellen Ressourcen steigern, zum einen durch die Erhöhung der Eigeneinnahmen (durchschnittlich in den vergangenen 4-5 Jahren um bis zu 30 %) und zum anderen durch die gewährte Finanzierung für Infrastruktur und Wartung aus den WB Programmen. Die routinemäßigen Wartungsmaßnahmen wurden im Fall der besuchten Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt. Der in den Besonderen Vereinbarungen geforderte Nachweis der Betriebs- und Unterhaltsfinanzierung über Sonderkonten wurde erbracht, die dafür reservierten Mittel wurden fast in allen Projektstädten auf über die zunächst im FZ-Vorhaben geforderten 5 % und später in den WB Programmen 10 % der Investitionskosten gesteigert. Dennoch stellt die Instandhaltung aufgrund der allgemein knappen Budgets eine große Herausforderung dar und somit ein Risiko für die Nachhaltigkeit. Trotz der teilweise beträchtlichen Steigerung der Eigeneinnahmen besteht in den städtischen Haushalten daher immer noch keine Kostendeckung, sodass größere Reparaturen und notwendige Erneuerungen von Teilen der Infrastruktur nicht durchgeführt werden können. Dies zeigten auch die Ortsbegehungen, wo an den Ausläufen der Entwässerungskanäle unterschiedliche Schadensbilder festgestellt wurden, die umfangreiche Reparaturarbeiten oder in Einzelfällen die vollständige Erneuerung der betroffenen Bauteile erforderlich machen. Hier priorisieren die Städte die anstehenden Reparaturen häufig nach ihrer Dringlichkeit und können somit lediglich einen Teil der notwendigen Maßnahmen durchführen.

Die Replizierung nahezu aller FZ-finanzierten Infrastrukturtypen im Rahmen der WB ULGDP/UIIDP-Programme bei gleichzeitiger Fortführung der institutionellen Unterstützung stärkt die Nachhaltigkeit des hier evaluierten FZ-Vorhabens zusätzlich. Die Kommunen bekräftigten in den Gesprächen ihre weitgehende Unabhängigkeit von der Zentralregierung, was Betriebs- und Wartungskosten angeht, unter Verwendung ihrer Eigeneinnahmen.

17. Beitrag zur Unterstützung nachhaltiger Kapazitäten

Insbesondere durch die breite institutionelle und fachliche technische Unterstützung, zum einen durch die von der TZ durchgeführten Maßnahmen zur Stärkung von Planungs- und Verwaltungskapazitäten, zum anderen durch den Durchführungsconsultant, hat das Vorhaben dazu beigetragen, dass die Städte besser in der Lage sind, die positiven Wirkungen der Maßnahme über die Zeit sicherzustellen. Aufgrund der inzwischen vorliegenden Schlussberichte zu den WB-Programmen ULGDP II und UIIDP geht die WB davon aus, dass die Kapazitäten in den Städten sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. Die WB weist deshalb auf Risiken hin, und sieht eine fortlaufende Unterstützung und Schulungen des Personals in den Stadtverwaltungen als unumgänglich an, insbesondere, um eine effektive Ausführung von Betriebs- und Wartungsbudgets sicherzustellen. Eine fortlaufende verlässliche finanzielle Unterstützung der Städte beim Ausbau der in ihre Verantwortung fallenden öffentlichen Infrastruktur, sowie ein effizienter Umgang mit Ressourcen sind entscheidend für den nachhaltigen Erfolg der Stadtentwicklungsprogramme. Trotz spürbarer Erhöhung der Eigeneinnahmen und einer verbesserten Finanzplanung, zu denen das Vorhaben beigetragen hat, besteht aufgrund des ebenfalls wachsenden Investitionsbedarfs eine Unterfinanzierung des Bedarfs an laufenden Betriebs- und Unterhaltungskosten.

18. Dauerhaftigkeit der Wirkungen

Die UGDP-Investitionen wurden im Rahmen der WB-Programme ULGDP I und II, sowie UIIDP auf zuletzt 117 Kommunen ausgeweitet, was die Erreichung der Projektziele erleichterte, aber gleichzeitig die Bewertung der Nachhaltigkeit erschwert. Denn die WB-Programme schufen durch hohe Investitionsbeiträge, die auch Wartungsfinanzierung umfassten, eine gewisse Geberabhängigkeit, welche durch eine Erhöhung der Eigenbeiträge in späteren Phasen versucht wurde, wieder zu begrenzen. Das letzte Programm der WB im Sektor Stadtentwicklung ist im Jahr 2023 ausgelaufen. Nach heutigen Informationen wird die WB kein neues vergleichbares Folgeprogramm auflegen. Ein wesentlicher Grund dafür ist das Vorgehen der Regierung im Rahmen ihres eigenen Stadtentwicklungsprogramms 'Urban Corridors', bei dessen landesweiter Umsetzung breite Hauptverkehrsachsen, sogenannte Korridore, gebaut werden, für die tausende Menschen aus ihren Behausungen und Kleinbetrieben vertrieben wurden.

Das zukünftige Engagement der WB erfolgt nun mittels des Instruments Development Policy Finance, eine Art Budgetfinanzierung mit einem Gesamtvolumen von 3 Mrd. USD. Die WB führt dazu Gespräche mit der äthiopischen Regierung, um zu bewirken, dass ein Teil des Budgets auch in Zukunft für städtische Infrastruktur zur Verfügung steht. Es ist allerdings zu erwarten, dass die Unterstützung der Städte beim Ausbau ihrer öffentlichen Infrastruktur nicht im bisherigen Umfang fortgeführt wird. Das Nachhaltigkeitsrisiko wird dadurch etwas erhöht.

Zusammenfassende Bewertung der Nachhaltigkeit: eingeschränkt erfolgreich (3)

Die Kapazitäten der Beteiligten und Betroffenen, die gebaute Infrastruktur zu betreiben und zu warten, sind grundsätzlich gegeben. Hierzu haben die FZ-Maßnahmen zur Stärkung der institutionellen, finanziellen und fachlichen Kapazitäten einen wichtigen Beitrag geleistet. Die errichteten Einzelmaßnahmen werden größtenteils von der Bevölkerung genutzt. Ein Problem stellt die Instandhaltung der Infrastruktur dar, da die Budgets der hierfür zuständigen Städte, trotz erhöhter Eigeneinnahmen, jährlicher Planung und spezifischer Haushaltsposition, nicht ausreichen, um alle notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen umzusetzen. Nach Abschluss der WB-Programme im Sektor Stadtentwicklung ist damit zu rechnen, dass es zu Einschnitten bei der Errichtung und Wartung von öffentlicher Infrastruktur in Äthiopiens Städten kommen wird, da die WB laufende Unterhaltungskosten der Städte mitfinanzierte, was auch die aus FZ-Mitteln geförderten 8 Städte betraf. Das Nachhaltigkeitsrisiko wird dadurch erhöht. Insgesamt bewerten wir die Nachhaltigkeit als eingeschränkt erfolgreich.

Gesamtbewertung: eingeschränkt erfolgreich (3)

Insgesamt positiv zu bewerten sind die erheblich gestärkten Kapazitäten und Ressourcen der Stadtverwaltungen und die positiven entwicklungspolitischen Wirkungen, hervorgerufen durch die Nutzung der bereitgestellten Infrastruktur. Demgegenüber stehen Nachhaltigkeitsrisiken bei Betrieb und Instandhaltung der Infrastruktur, eine Einzelmaßnahme (Deponie Semera-Logia) wurde nicht in Betrieb genommen, da die Budgets der Städte nicht ausreichten. Bezüglich der Produktionseffizienz gab es spürbare Einschränkungen. Insgesamt wird das Vorhaben als eingeschränkt erfolgreich bewertet.

Beitrag zur Agenda 2030

Insgesamt leistet das Vorhaben vor allem einen Beitrag zur Erreichung von Sustainable Development Goal (SDG) 1 (keine Armut), SDG 8 (menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum), SDG 11 (Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten) und SDG 16 (Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen). Die Verbesserung der Lebensbedingungen, was eine Reduzierung der Armut einschließt, und die Stärkung von Institutionen sind als Ziele auf Impact- bzw. Outcome-Ebene verankert. Zudem lag bei der Umsetzung der Infrastrukturmaßnahmen ein Fokus auf solchen Maßnahmen, die besonders geeignet sind, die lokale ökonomische Entwicklung voranzutreiben, was SDG 8 Rechnung trägt. Auf Ebene der Einzelmaßnahmen leistete das Vorhaben darüber hinaus einen Beitrag zur Erreichung von SDG 3 (Gesundheit und Wohlergehen), und SDG 6 (Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen/Abfall). Durch den gewählten Allokationsmechanismus zur Verteilung der Mittel auf die Projektstädte leistet die Maßnahme außerdem einen Beitrag zu SDG 10 (weniger Ungleichheiten).

Das Vorhaben war auf die Nutzung bestehender Systeme und Strukturen angelegt (Finanztransfers, Ausschreibungen, Rechenschaftslegung). Zudem wurde die Maßnahme arbeitsteilig bzw. in Abstimmung mit anderen Gebern implementiert (Gemeinsames FZ/TZ Programm, Mandat durch BMGF, Anlehnung und Komplementarität mit WB Programmen). Es folgte einem ganzheitlichen Ansatz nachhaltiger Entwicklung und konzentrierte sich dabei aber vor allem auf die soziale und ökonomische Dimension. Die ökologische Dimension wird teilweise im Rahmen der Einzelmaßnahmen adressiert. Nicht-intendierte positive oder negative Wirkungen konnten dem Vorhaben nicht zugeschrieben werden, außer auf Ebene einer Einzelmaßnahme im Abfallbereich.

Die Maßnahme ist konsistent mit internationalen Normen und Standards zur Beteiligung besonders benachteiligter Gruppen. Ein wichtiger Anknüpfungspunkt für die Beteiligung der Bevölkerung sowie benachteiligter Gruppen liegt in der partizipativen Priorisierung der Infrastrukturmaßnahmen im Zuge der Erstellung der Stadtentwicklungspläne. Nach nationalen Vorgaben sind diese Konsultationen für jeden zugänglich. Wie unter Effektivität und Impact beschrieben, hat das Vorhaben auf Ebene der Zielgruppe unmittelbar greifbare positive Wirkungen auf Outcome- und Impactebene erzielt. Es gibt keinen Hinweis darauf, dass diese Wirkungen nicht auch auf der Ebene besonders benachteiligter Gruppen spürbar sind. Allerdings liegen hierzu keine disaggregierten Daten vor. Zudem wurden im Rahmen des FZ-Vorhabens Einkommensmöglichkeiten auch für vulnerable und benachteiligte Teile der Zielgruppe geschaffen, was wiederum zu einer grundsätzlichen Stärkung der Widerstandsfähigkeit führen kann.

Die Anschlussfähigkeit an Nachfolgeprogramme der Weltbank hat sich als sehr positiv erwiesen und ermöglichte eine erhebliche Steigerung der Kommunalfinanzierung. Über leistungsorientierte Ansätze erhielten 117 Städte über 15 Jahre hinweg Zuwendungen zur Finanzierung von öffentlicher Infrastruktur und institutioneller Stärkung.

Methodik

Evaluierungsmethodik

Die Ex-post-Evaluierung folgt der Methodik eines Rapid Appraisal, d.h. einer datengestützten, qualitativen Kontributionsanalyse und stellt ein Expertenurteil dar. Dabei werden dem Vorhaben Wirkungen durch Plausibilitätsüberlegungen zugeschrieben, die auf der sorgfältigen Analyse von Dokumenten, Daten, Fakten und Eindrücken beruhen. Dies umschließt – wenn möglich – auch die Nutzung digitaler Datenquellen und den Einsatz moderner Techniken (z.B. Satellitendaten, Online-Befragungen, Geocodierung). Ursachen für etwaige widersprüchliche Informationen wird nachgegangen, es wird versucht, diese auszuräumen und die Bewertung auf solche Aussagen zu stützen, die – wenn möglich – durch mehrere Informationsquellen bestätigt werden (Triangulation).

Der Analyse der Wirkungen liegen angenommene Wirkungszusammenhänge zugrunde, dokumentiert in der bereits bei Projektprüfung entwickelten und ggf. bei Ex-post-Evaluierung aktualisierten Wirkungsmatrix. Im Evaluierungsbericht werden Argumente dargelegt, warum welche Einflussfaktoren für die festgestellten Wirkungen identifiziert wurden und warum das untersuchte Projekt vermutlich welchen Beitrag hatte (Kontributionsanalyse). Der Kontext der Entwicklungsmaßnahme wird hinsichtlich seines Einflusses auf die Ergebnisse berücksichtigt. Die Schlussfolgerungen werden ins Verhältnis zur Verfügbarkeit und Qualität der Datengrundlage gesetzt. Eine Evaluierungskonzeption ist der Referenzrahmen für die Evaluierung.

Die Methode bietet für Projektevaluierungen ein – im Durchschnitt - ausgewogenes Kosten-Nutzen-Verhältnis, bei dem sich Erkenntnisgewinn und Evaluierungsaufwand die Waage halten, und über alle Projektevaluierungen hinweg eine systematische Bewertung der Wirksamkeit der Vorhaben der FZ erlaubt. Die einzelne Ex-post-Evaluierung kann daher nicht den Erfordernissen einer wissenschaftlichen Begutachtung im Sinne einer eindeutigen Kausalanalyse Rechnung tragen.

Das Ziel der Evaluierungen (Erkenntnisinteresse) besteht vor allem darin, Wirkungen zu messen, Rechenschaft abzulegen, Transparenz zu fördern und institutionelles Lernen zu ermöglichen.

Typ der Evaluierung:

Reise ins Projektgebiet vom 9. bis 18. Juni 2025; vor Ort Besuche in den Programmstädten Jijiga und Yirgalem und virtuelle Begutachtungen in den Städten Adwa und Semera-Logia; dabei wurden 8 von insgesamt 13 Einzelmaßnahmen begutachtet.

Kernfragen der Evaluierung gemäß der Evaluierungskonzeption:

- Wurden die Maßnahmen angenommen und haben zur Verbesserung der Lebensbedingungen beigetragen?
- Nutzung der Maßnahmen: Anzahl Markstände/Betreiber, Anzahl Käufer, Sauberkeit Städte (subjektiv), positive Umweltwirkungen (Analysen Wasser, Luft, Boden; subjektiv), weniger Überschwemmungen (Anzahl), mehr Verkehrsteilnehmer (Anzahl)
- Positive Entwicklung bei Anzahl neuer Arbeitsplätze, Einkommen Bevölkerung, Steuereinnahmen Städte und sonstige Gebühren/Fees (Zunahme), Bildung (Anzahl Schüler, weniger Dropouts), Gesundheit (weniger Krankheiten/Besuch in Klinik)
- Zufriedenheit der Nutzer (subjektiv)
- War der Prozess der Partizipation (lokaler Beteiligungsverfahren) erfolgreich?
- Anzahl der Beteiligten Gruppen und Personen am Konsultationsprozess?
- Rolle der Frauen (% Frauen am Prozess) und vulnerablen Gruppen/Personen?
- Fühlen sich die Bürger/Bevölkerung angemessen beteiligt? Wurden die Anliegen/Interessen berücksichtigt?
- Sind konsultative Planungsverfahren in den Städten institutionell etabliert?
- Würden die Projektziele erreicht? (Ermittlung Zielerreichung anhand Indikatoren: s. Zielsystem)
- Effizienz der Mittelverwendung?
- Sind die richtigen Maßnahmen finanziert worden?
- Inwieweit entsprachen die Einzelmaßnahmen tatsächlich den Prioritäten der partizipativ erstellten Stadtplanungen?
- Wie haben sich die Distriktverwaltungen und Nutzer finanziell an den Einzelmaßnahmen beteiligt (Eigenbeiträge)?

- Haben sich die Bottlenecks in den Stadtverwaltungen verbessert: Kapazitäten, Prozesse bei Planung/Umsetzung/Betrieb, Finanzierbarkeit?
- Wie finanzieren die Stadtverwaltungen derzeit die notwendigen Unterhaltungsmaßnahmen und führen diese durch?
- Welche Bedarfe bestehen heute?

Nicht-öffentliche (interne) Dokumente

Interne Projektdokumente wie PV und AK, BE, RKV, Strategiepapiere, Kontext-, Landes- und Sektoranalysen, Impact Evaluierungen der GIZ und WB, vergleichbare Evaluierungen, Medienberichte, Berichte der WB.

Verzeichnis öffentlicher Quellen

Worldbank (2020), Implementation Completion and Results Report, Ethiopia Urban Local Government Institutional Development Program (ULGDP II)

Worldbank (2020), Consultancy service to undertake final evaluation of ULGDP II, Inception Report

Worldbank (2024), Implementation Completion and Results Report, Ethiopia Urban Institutional and Infrastructure Development Program (UIIDP) – Program for Results

Worldbank (2023), Annual Performance Assessment Report (APA), was carried out each year by an independent consultant, procured by MUDH

Worldbank (2015), 4th Ethiopia Economic Update Overcoming Constraints in the Manufacturing Sector

ULG Yirgalem (2025), Capital Investment Plan (CIP), von jeder Stadt jährlich zu erstellen, verifiziert am Beispiel Yirgalem

Government of Ethiopia (GoE - National Planning Commission) (2011 and 2016), Growth and Transformation Plan I and II (GTP I/II) (2011-2015, 2016-2020)

GTAI-German Trade and Invest (2024), Wirtschaftsdaten Äthiopien

BMZ (2025), Zusammenarbeit mit Äthiopien, Internetrecherche: diverse Landes- und Sektorpapiere

KfW/GIZ (2010-2014), Projektunterlagen: Programmanschlag, Modulvorschläge, Berichterstattungen, AK Berichte, Rückkehrvermerke, Consultant Berichte, diverse Korrespondenz

KfW-IDEaL (2025), verschiedene EPE zu vergleichbaren Vorhaben:

- **(2018)** Programm zum Kapazitätsaufbau im Regierungs- und Verwaltungssystem (UDF I/II)
- **(2018)** Programm Sicherung Sozialer Grunddienste (PBS I/II/III)
- **(2015)** Städtische Wasserversorgung und Abwasserentsorgung
- **(2019)** Infrastrukturfonds für Sekundärstädte II, Benin
- **(2020)** Programm zur Unterstützung der Dezentralisierung und Kommunalentwicklung – FADEC I, Benin
- **(2021)** Distriktentwicklungsfonds I, Ghana
- **(2022)** Programm zur Unterstützung der Dezentralisierung und guten Regierungsführung – RLDSF, Ruanda

Datenquellen und Analysetools

Datensammlung vor Ort, Umfragen, Berichte der WB

Besuchte Projektstandorte

Projektstädte Jijiga und Yirgalem (physisch), Adwa und Semera-Logia (virtuell: Video Call und Foto-/Video-Dokumentation)

Interviewpartner und -modalität (persönlich, virtuell/telefonisch, schriftlich)

Projektträger, Zielgruppe, andere Geber (WB), Kooperationspartner GIZ.

Folgende Aspekte limitierten die Evaluierung

- Begrenzte Anzahl der besuchten Projektstädte (2 physisch besucht zusätzlich einer Projektstadt aus dem Vorgängerprojekt UDF, 2 virtuelle Interviews und Foto/Video-Dokumentation der Infrastrukturen) wegen Sicherheitslage und Reisebeschränkungen in den Städten der westlichen Regionen Assosa, Debre Markos, Gambella und Nekemte.
- EPE erfolgte 8 Jahre nach Abschluss des Vorhabens wegen Reisebeschränkungen und COVID, aus diesem Grund hohe Attributionslücken (Strichprobe 2020)

Bewertungsmethodik

Zur Beurteilung des Vorhabens nach den OECD DAC-Kriterien wird mit Ausnahme des Nachhaltigkeitskriteriums eine sechsstufige Skala verwandt. Die Skalenwerte sind wie folgt belegt:

- Stufe 1** sehr erfolgreich: deutlich über den Erwartungen liegendes Ergebnis
- Stufe 2** erfolgreich: voll den Erwartungen entsprechendes Ergebnis, ohne wesentliche Mängel
- Stufe 3** eingeschränkt erfolgreich: liegt unter den Erwartungen, aber es dominieren die positiven Ergebnisse
- Stufe 4** eher nicht erfolgreich: liegt deutlich unter den Erwartungen und es dominieren trotz erkennbarer positiver Ergebnisse die negativen Ergebnisse
- Stufe 5** überwiegend nicht erfolgreich: trotz einiger positiver Teilergebnisse dominieren die negativen Ergebnisse deutlich
- Stufe 6** gänzlich erfolglos: das Vorhaben ist nutzlos bzw. die Situation ist eher verschlechtert

Die Gesamtbewertung auf der sechsstufigen Skala wird aus einer projektspezifisch zu begründenden Gewichtung der sechs Einzelkriterien gebildet. Die Stufen 1–3 der Gesamtbewertung kennzeichnen ein „erfolgreiches“, die Stufen 4–6 ein „nicht erfolgreiches“ Vorhaben. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein Vorhaben i. d. R. nur dann als entwicklungspolitisch „erfolgreich“ eingestuft werden kann, wenn sowohl die Zielerreichung auf Outcome-Ebene (Effektivität) und Impact-Ebene als auch die Nachhaltigkeit mindestens als „eingeschränkt erfolgreich“ (Stufe 3) bewertet werden.

Impressum

Verantwortlich: Evaluierungsabteilung der KfW Entwicklungsbank

FZ-Evaluierung@kfw.de

Kartografische Darstellungen dienen nur dem informativen Zweck und beinhalten keine völkerrechtliche Anerkennung von Grenzen und Gebieten. Die KfW übernimmt keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit oder Vollständigkeit des bereitgestellten Kartenmaterials. Jegliche Haftung für Schäden, die direkt oder indirekt aus der Benutzung entstehen, wird ausgeschlossen.

KfW Bankengruppe
 Palmengartenstraße 5-9
 60325 Frankfurt am Main, Deutschland

Anlagenverzeichnis

Anlage: Zielsystem und Indikatoren (Outcome Ebene)	2
Anlage: Zielsystem und Indikatoren (Impact Ebene)	4
Anlage: Projektmaßnahmen und Ergebnisse	5
Anlage: Ex-post-Evaluierungsmatrix	6

Anlage: Zielsystem und Indikatoren (Outcome Ebene)

Outcome Ebene

Ziel und Indikatoren	Bei Prüfung	Bewertung der Angemessenheit (Ziel, Indikatoren, Zielwert) und Nutzung in EPE	Bei EPE (falls modifiziert)
Outcome-Ziel	Die Verwaltungen schnell wachsender Klein- und Mittelstädte sind in der Lage, soziale und wirtschaftliche Infrastruktur sowie zugehörige kommunale Dienste in ihrem Einzugsgebiet zu planen, bereitzustellen und nachhaltig zu betreiben.	Teilweise angemessen: Ziel sollte Nutzung der städtischen Infrastruktur durch die Bevölkerung sein sowie die Stärkung der Städte in Bezug auf ihre Aufgaben. Auf struktureller Ebene fokussiert das bei PP formulierte Ziel auf die Planung, Bereitstellung und nachhaltigen Betrieb der wirtschaftlichen Infrastruktur. Das bei PP formulierte Outcome-Ziel ist auf materieller Ebene nicht angemessen, da die Nutzung fehlt. Die strukturelle Zielebene wird nicht vollständig betrachtet. So fehlt bei der bei PP formulierten Zielsetzung auf struktureller Ebene die Stärkung der Städte in Bezug auf ihre Aufgaben sowie die Wahrnehmung der Mitbestimmungs- und Beteiligungsmöglichkeiten durch die Bevölkerung, die im Rahmen von Dezentralisierungsvorhaben ein wichtiges Ziel ist.. Dies wird im Rahmen der Ex-post Evaluierung ergänzt und teilweise umformuliert.	Ziel auf Outcome-Ebene ist die erhöhte Nutzung der lokalen Infrastruktur und die Verbesserung der Verwaltungsleistung der Städte (duale Zielsetzung)
Indikator 1	Drei Jahre nach Ende des Programms ist der Anteil der Haushalte mit verbessertem Zugang zu nachhaltig betriebenen öffentlichen Grunddiensten in relevanten Sektoren um mindestens 20 % erhöht (das Ausgangsniveau in den Programmkommunen wird bei Programmstart vom Consultant erhoben).	Teilweise angemessen, ersetzt durch:	Anteil HH, die die bereitgestellte Infrastruktur nutzen .
Indikator 2	Für 100% der Einrichtungen und Strukturen liegen bei Programm-Ende verabschiedete Betriebskonzepte vor, in denen sowohl die institutionellen Zuständigkeiten als auch die notwendigen Maßnahmen und ihre Finanzierung beschrieben sind.	Nicht angemessen, daher gelöscht	NEU: Beteiligungsgrad der Bevölkerung an der Identifizierung und Überwachung der Infrastruktur.
Indikator 3	80 % der geförderten Einrichtungen und Strukturen sind drei Jahre nach Ende des Programms voll funktionsfähig.	Angemessen: hier technischer Indikator, dass Einrichtungen so betrieben werden, dass sie voll funktionstüchtig sind. (im Gegensatz, dass sie lediglich betrieben werden, aber Defizite aufweisen)	Anteil voll funktionsfähiger Strukturen.
Indikator 4	In 80 % der Stadtverwaltungen sind bei Programm-Ende im Budget Mittel für die Instandhaltung und den Betrieb eingestellt.	Angemessen	Anteil der Stadtverwaltungen mit eingestellten Mitteln für die Instandhaltung und den Betrieb.

Anlage: Zielsystem und Indikatoren (Impact Ebene)

Impact Ebene

Ziel und Indikatoren	Bei Prüfung	Bewertung der Angemessenheit (Ziel, Indikatoren, Zielwert) und Nutzung in EPE	Bei EPE (falls modifiziert)
Impact-Ziel	Verbesserung der städtischen Basisinfrastruktur sowie kommunaler Dienstleistungen als Voraussetzung dafür, die Lebensbedingungen insbesondere ärmerer Bevölkerungsgruppen zu verbessern und die Entwicklung der Städte als lokale Wirtschaftszentren insgesamt zu fördern. Die acht Programmstädte sind in der Lage auf Grundlage selbstverwalteter Finanzmittel und lokaler Beteiligungsverfahren bei der Stadtentwicklung effizient und effektiv öffentliche Dienstleistungen für die Einwohnerinnen und Einwohner zu erbringen.	Programmziel und Modulziel waren nahezu identisch. Aus heutiger Sicht nicht angemessen. Auf Impact Ebene sollte das Ziel die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung durch Nutzung bereitgestellter sozialer und wirtschaftlicher Infrastruktur sein.	Das Vorhaben leistet einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen der überwiegend armen Bevölkerung.
Indikator 1	Mehrheit der Nutzer und Nutzerinnen in den geförderten Projektstädten ist mit den Wirkungen der FZ-finanzierten Dienstleistungen/ Basisinfrastrukturen zufrieden.	Teilweise angemessen, Zufriedenheit als Maß für Umfang und Qualität der öffentlichen Dienstleistungen, zu denen die Bevölkerung Zugang hat und diese nutzen. Daraus Ableitung auf verbesserte Lebensbedingen, für die es keinen besseren Parameter zu dessen Erfassung gibt (keine Daten BSP, Armutsrate, Beschäftigung/Einkommen, etc. in den 8 betrachteten Städten)	Prozentualer Anteil der Nutzer in den geförderten Projektstädten, der mit den Wirkungen der durch FZ finanzierten Dienstleistungen/Basisinfrastruktur zufrieden ist.
Indikator 2	80% der Stadtverwaltungen im Programm haben konsultative Planungsverfahren institutionell etabliert, in denen die spezifischen Belange der Zielgruppen Eingang finden unter Berücksichtigung der finanziellen Rahmenbedingungen des Programms.	Nicht angemessen auf Impact-Ebene, daher gelöscht und auf Outcome Ebene verkürzt als Indikator 2 aufgenommen	NEU: Prozentualer Anteil der Städte, die ihre Eigeneinnahmen im Vergleich zum Vorjahr um 10% erhöht haben.
Indikator 3	50% der Bürgermeister von Mitgliederstädten bestätigen, dass die lokalen und internationalen Erfahrungen anderer Städte für die Steuerung ihrer lokalen Entwicklung nützlich waren.	Teilweise angemessen und übernommen, da im gemeinsamen Programmvorschlag enthalten, wegen der umfangreichen TA Unterstützung der GIZ beim Aufbau eines äthiopischen Städteverbands	Prozentualer Anteil der Bürgermeister von Mitgliederstädten, der bestätigt, dass die lokalen und internationalen Erfahrungen anderer Städte für die Steuerung ihrer lokalen Entwicklung nützlich waren.

Anlage: Projektmaßnahmen und Ergebnisse

Art und Charakteristik der einzelnen Projektmaßnahmen (aus AK Bericht)

Lfd. Nr	Stadt	Realisierte, individuelle Infra-strukturmaßnahmen*	Gewählt in Auswahlrunde	Kosten [EUR]**	Charakteristik / Leistungsmerkmale
1	Adwa	Straßen-, Wegeentwässerungen	1	310.000	Länge etwa 3,5 km, ca. 5.600 m2 Fußgängerübergänge, 3 Auslaufbauwerke
		Straßen-, Wegeentwässerungen	2	450.000	Länge etwa 3,0 km, ca. 4.800 m2 Fußgängerübergänge, 2 Auslaufbauwerke
		Kopfsteinpflasterstraße 2	2	240.000	Länge etwa 1,1 km
2	Assosa	Straßen-, Wegeentwässerungen	1	680.000	Länge etwa 3,8 km, ca. 290 m2 Fußgängerübergänge, 5 Auslauf und ca. 31 Schachtbauwerke
		Straßen-, Wegeentwässerungen	2	520.000	Länge etwa 2,5 km, ca. 70 m2 Fußgängerübergänge, 4 Auslauf- und ca. 30 Schachtbauwerke
3	Debre Markos	Abfallentsorgung (Deponie und techn. Ausrüstung) 1	1	1.290.000	Abfalldeponie mit ca. 4 ha Lagerfläche, Sickerwasserbehandlung mit einem Volumen von etwa 3.300m3, Radlader/Abfallverdichter und Muldenkipper
4	Gambella	Kopfsteinpflasterstraßen 1	1	1.150.000	Länge etwa 3,6 km, mit Entwässerungskanälen und 11 Dükerbauwerken
5	Jigjiga	Straßen-, Wegenentwässerungen	1	650.000	Länge etwa 2,7 km, mit Betonabdeckungen für Grundstückszufahren
		Straßen-, Wegenentwässerungen	2	320.000	Länge etwa 0,75 km, vollständig mit Betonplatten überdeckt
6	Nekemte	Markzentrum 1	1	1.060.000	Viergeschossiges Gebäude mit etwa 174 Einraumgeschäften, Cafeteria, Restaurant, 30 Toiletten, 12 Duschen, Abfallsammelstation, Abwassersystem
7	Semera-Logia	Abfallentsorgung (Deponie und techn. Ausrüstung) 1	1	920.000	Abfalldeponie mit ca 1,8 ha Lagerfläche, Sickerwasserbehandlung mit einem Volumen von etwa 3.000m3, 2,5 km Zuwegung, Radlader/Abfallverdichter und Muldenkipper
8	Yirgalem	Kopfsteinpflasterstraßen 1	1	360.000	Länge etwa 1,9 km, mit Entwässerungskanälen
		Kopfsteinpflasterstraßen 2	2	520.000	Länge etwa 1,3 km und 1,6 km Entwässerungskanälen
Summe				8.470.000	

*Die Entwässerungs- und Straßenbaumaßnahmen betreffen größtenteils mehrere, nicht zwingend zusammenhängende Straßenzüge/Wege

**Umrechnungskurs 24,53 ETB/EUR

Anlage: Ex-post-Evaluierungsmatrix

Relevanz

Evaluierungsfrage	Betrachtung der Frage in EPE	Optional: Konkretisierung der Frage für das Vorhaben	Bewertung	Gewichtung (- 0 +)	Begründung für Gewichtung
1. Ausrichtung an Politiken und Prioritäten			2	0	/
1.1. Sind die Ziele der Maßnahme an den (globalen, regionalen und länderspezifischen) Politiken und Prioritäten, insbesondere der beteiligten und betroffenen (entwicklungspolitischen) Partner und des BMZ, ausgerichtet?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	Urban Development Policy - Verstädterung/Strukturwandel - Armutsminderungsstrategie - Dezentralisierung pol. Gewalt, eingeleitet - Fiscal Decentralisation Strategy Entwicklungen: Dezentralisierung hat politisch an Bedeutung verloren			
1.2. Berücksichtigen die Ziele der Maßnahme die relevanten politischen und institutionellen Rahmenbedingungen (z.B. Gesetzgebung, Verwaltungskapazitäten, tatsächliche Machtverhältnisse (auch bzgl. Ethnizität, Gender, etc.))?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	- Berücksichtigt/baut auf auf Verwaltungsstrukturen und Fiscal Structures and Procedures - State functions/municipal functions - Fachpersonal/Kapazitäten - Auswahl Städte nach Prioritäten der Regierung!? - Ggf. Machtverhältnisse/Ethnizität unterschätzt/vernachlässigt			
1.3. Sonstige Evaluierungsfragen					
2. Ausrichtung an Bedürfnissen und Kapazitäten der Beteiligten und Betroffenen			2	0	/

Evaluierungsfrage	Betrachtung der Frage in EPE	Optional: Konkretisierung der Frage für das Vorhaben	Bewertung	Gewichtung (- 0 +)	Begründung für Gewichtung
2.1. Sind die Ziele der Maßnahme auf die entwicklungspolitischen Bedürfnisse und Kapazitäten der Zielgruppe ausgerichtet? Wurde das Kernproblem korrekt identifiziert?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	- Maßnahmen mit Ziel Verbesserung Lebensbedingungen: Gesundheit, Umwelt, wirtschaftl. Entwicklung - Bürgerbeteiligung bei Priorisierung Investitionen - Arbeitsintensive Methoden, Cash for Work			
2.2. Wurden dabei die Bedürfnisse und Kapazitäten besonders benachteiligter bzw. vulnerabler Teile der Zielgruppe (mögliche Differenzierung nach Alter, Einkommen, Geschlecht, Ethnizität, etc.) berücksichtigt? Wie wurde die Zielgruppe ausgewählt?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	- 8 Programmstädte wurden von Regierung ausgewählt; in unterschiedlichen Regionen - Auf Wunsch Regierung 4 Hauptstädte der vier Randregionen (emerging regions) und 4 weiteren Städten in Kernregionen - Keine weitere Differenzierung Zielgruppe: Zielgruppe des FZ-Engagements im weiteren Sinne ist die städtische, überwiegend arme Bevölkerung in den ausgewählten Klein- und Mittelstädten, aus heutiger Sicht bis zu 0,5 Mio. Menschen in acht Städten und acht Regionen.			

Evaluierungsfrage	Betrachtung der Frage in EPE	Optional: Konkretisierung der Frage für das Vorhaben	Bewertung	Gewichtung (- 0 +)	Begründung für Gewichtung
2.3. Hätte die Maßnahme (aus ex-post Sicht) durch eine andere Ausgestaltung der Konzeption weitere nennenswerte Genderwirkungspotenziale gehabt? (FZE spezifische Frage)	☐ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	Bei PV: (3.43) GG 1. Die Maßnahmen des Programms tragen überwiegend indirekt zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen und der Stellung von Frauen bei. Beteiligungsmöglichkeiten für Frauen und Männer. Durch arbeitsintensive Technologien können Frauen profitieren. Durch wirtschaftsnahe Infrastruktur profitieren Frauen in der Regel in besonderem Maße (die im Rahmen des UDF aufgebauten Marktplätze werden zu über 70 % von Frauen genutzt). Die Investitionen in die Sanitärinfrastruktur kommen in besonderem Maße Frauen zugute, da diese zumeist die Verantwortung für die Hygiene der Familie tragen.			
2.4. Sonstige Evaluierungsfragen					
3. Angemessenheit der Konzeption			3	0	/
3.1. War die Konzeption der Maßnahme angemessen und realistisch (technisch, organisatorisch und finanziell) und grundsätzlich geeignet zur Lösung des Kernproblems beizutragen?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	AK Bericht: - erhebliche Verzögerungen: begrenzte Kapazitäten der Stadtverwaltungen, der Baufirmen, der lokalen Ingenieurbüros sowie unterschätzte Witterungseinflüsse, hohe Personalfuktuation in den Programstädten, zögerliche bürokratische Betreuung des Vorhabens durch den Träger - Mängel hinsichtlich der Arbeitssicherheit - Defizite bei Planungsleistungen - Maßnahmen wurden von der Bevölkerung positiv aufgenommen			

Evaluierungsfrage	Betrachtung der Frage in EPE	Optional: Konkretisierung der Frage für das Vorhaben	Bewertung	Gewichtung (- o +)	Begründung für Gewichtung
3.2. Ist die Konzeption der Maßnahme hinreichend präzise und plausibel (Nachvollziehbarkeit und Überprüfbarkeit des Zielsystems sowie der dahinterliegenden Wirkungsannahmen)?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	s.o. Zielsystem			
3.3. Waren die gewählten Indikatoren und deren Wertbestückung in ihrer Gesamtheit angemessen (zur Beantwortung eine der folgenden Angaben auswählen: Indikatoren und Wertbestückung waren angemessen/teilweise angemessen/nicht angemessen)? Die Begründung erfolgt differenziert nach Indikatoren (FZE spezifische Frage)	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	s.o. Zielsystem			

Evaluierungsfrage	Betrachtung der Frage in EPE	Optional: Konkretisierung der Frage für das Vorhaben	Bewertung	Gewichtung (- o +)	Begründung für Gewichtung
3.4. Bitte Wirkungskette beschreiben, einschl. Begleitmaßnahmen, ggf. in Form einer grafischen Darstellung. Ist diese plausibel? Sowie originäres und ggf. angepasstes Zielsystem unter Einbezug der Wirkungsebenen (Outcome- und Impact) nennen. Das (angepasste) Zielsystem kann auch grafisch dargestellt werden. (FZE spezifische Frage)	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	s.o. Zielsystem PV (3.39): Die Wirkungskette entspricht weitgehend den im Prüfungsbericht. Die geplanten FZ-Maßnahmen werden dazu beitragen, dass die Fähigkeiten und Möglichkeiten der Stadtverwaltungen, Dienstleistungen für ihre Bürgerinnen und Bürger effizient zu erbringen, nachhaltig gestärkt werden. Die Infrastrukturinvestitionen tragen zur Verbesserung der städtischen Basisinfrastruktur sowie kommunaler Dienstleistungen bei, was wiederum eine Voraussetzung dafür ist, die Lebensbedingungen insbesondere ärmerer Bevölkerungsgruppen zu verbessern und die Entwicklung der Städte als lokale Wirtschaftszentren insgesamt zu fördern. Tz 3.40: Wirkungen der FZ-Maßnahmen sind neben dem Aufbau kommunaler Infrastruktur vor allem in der Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips (Umsetzung durch die Stadtverwaltungen statt Regionalverwaltungen) und der Förderung der Guten Regierungsführung zu sehen.			
3.5. Inwieweit ist die Konzeption der Maßnahme auf einen ganzheitlichen Ansatz nachhaltiger Entwicklung (Zusammenspiel der sozialen, ökologischen und ökonomischen Dimensionen der Nachhaltigkeit) hin angelegt?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	Weitgehend erfüllt: Sektoren Wasser/Abfall mit Gesundheit und Umwelt, NaWi mit Märkten/Straßen für wirtschaftl. Entwicklung (PV/BE)			

Evaluierungsfrage	Betrachtung der Frage in EPE	Optional: Konkretisierung der Frage für das Vorhaben	Bewertung	Gewichtung (- 0 +)	Begründung für Gewichtung
3.6. Bei Vorhaben im Rahmen von EZ-Programmen: ist die Maßnahme gemäß ihrer Konzeption geeignet, die Ziele des EZ-Programms zu erreichen? Inwiefern steht die Wirkungsebene des FZ-Moduls in einem sinnvollen Zusammenhang zum EZ-Programm (z.B. Outcome-Impact bzw. Output-Outcome)? (FZ E spezifische Frage)	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	s.o. Zielsystem			
3.7. Sonstige Evaluierungsfragen					
4. Reaktion auf Veränderungen/Anpassungsfähigkeit			2	0	/
4.1. Wurde die Maßnahme im Verlauf ihrer Umsetzung auf Grund von veränderten Rahmenbedingungen (Risiken und Potentiale) angepasst?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	nein (PV/BE)			

Kohärenz

Evaluierungsfrage	Betrachtung der Frage in EPE	Optional: Konkretisierung der Frage für das Vorhaben	Bewertung	Gewichtung (- o +)	Begründung für Gewichtung
5. Interne Kohärenz (Arbeitsteilung und Synergien der deutschen EZ)			3	0	/
5.1. Inwiefern ist die Maßnahme innerhalb der deutschen EZ komplementär und arbeitsteilig konzipiert (z.B. Einbindung in EZ-Programm, Länder-/Sektorstrategie)?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	PV 3.52: Von besonderer Bedeutung ist dabei die auf das spezifische Investitionsobjekt bezogene Verbesserung der Kapazitäten der Stadtverwaltungen hinsichtlich Betrieb und Wartung. Diese sichern zusammen mit den durch die TZ implementierten Maßnahmen zur Einnahmenerhöhung der Stadtverwaltungen die Nachhaltigkeit der Investitionen. 3.53 Die FZ-Maßnahme leistet damit im Rahmen eines gemeinsamen FZ/TZ-Ansatzes einen bedeutenden Beitrag zu dem im Schwerpunkt definierten Ziel, kommunale Gebietskörperschaften in ihrer Fähigkeit zu stärken, die ihnen übertragenen Zuständigkeiten und Finanzmittel zur sozio-ökonomischen Entwicklung und Krisenprävention zu nutzen und dabei auf Gender-Gerechtigkeit, Transparenz und Bürgerbeteiligung zu achten.			
5.2. Greifen die Instrumente der deutschen EZ im Rahmen der Maßnahme konzeptionell sinnvoll ineinander und werden Synergien genutzt?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	PV (3.27): Die FZ-Maßnahme wird von Beginn des EZ-Programms an zusammen mit der TZ- Maßnahme zur Kapazitätsbildung durchgeführt, die zur Nachhaltigkeit der FZ-Investitionen beiträgt (s. auch A. 3.4, gemeinsamer Teil des Programmvorschlags). AK (1.03): Die TZ hat im Rahmen ihrer Maßnahmen bis April 2015 dieselben Städte im Bereich der Planung und des öffentlichen Finanzmanagements gestärkt. Im Sinne einer programmorientierten EZ fand eine konzeptionelle Orientierung am Weltbankvorhaben „Urban Local Governance and Decentralisation Programme (ULGDP)“ statt.			

Evaluierungsfrage	Betrachtung der Frage in EPE	Optional: Konkretisierung der Frage für das Vorhaben	Bewertung	Gewichtung (- 0 +)	Begründung für Gewichtung
5.3. Ist die Maßnahme konsistent mit internationalen Normen und Standards, zu denen sich die deutsche EZ bekennt (z.B. Menschenrechte, Pariser Klimaabkommen etc.)?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	PV B3.6.2: Gesamtwirtschaftliche, sozioökonomische, soziokulturelle, politische und ökologische Betrachtung; AK 2.07: Defizite bei Arbeitssicherheit			
5.4. Sonstige Evaluierungsfragen					
6. Externe Kohärenz (Komplementarität und Koordinationsleistung im zum Zusammenspiel mit Akteuren außerhalb der dt. EZ)			2	0	/
6.1. Inwieweit ergänzt und unterstützt die Maßnahme die Eigenanstrengungen des Partners (Subsidiaritätsprinzip)?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	PV 3.40: Wirkungen der FZ-Maßnahmen sind neben dem Aufbau kommunaler Infrastruktur vor allem in der Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips (Umsetzung durch die Stadtverwaltungen statt Regionalverwaltungen) und der Förderung der Guten Regierungsführung zu sehen.			
6.2. Ist die Konzeption der Maßnahme sowie ihre Umsetzung mit den Aktivitäten anderer Geber abgestimmt?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	PV: WB Vorhaben sind komplementär			

Evaluierungsfrage	Betrachtung der Frage in EPE	Optional: Konkretisierung der Frage für das Vorhaben	Bewertung	Gewichtung (- 0 +)	Begründung für Gewichtung
6.3. Wurde die Konzeption der Maßnahme auf die Nutzung bestehender Systeme und Strukturen (von Partnern/anderen Gebern/internationalen Organisationen) für die Umsetzung ihrer Aktivitäten hin angelegt und inwieweit werden diese genutzt?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	PV (3.28 ff): Für die FZ-Maßnahmen im Schwerpunkt ist das von der Weltbank und anderen Gebern (DFID, Italien, Kanada, UN) finanzierte Public Sector Capacity Building Programm (PSCAP; 2003-2009, Folgeprogramm in Planung) von großer Bedeutung, da PSCAP-Berater auf der Ebene der Regionalregierungen für die planerische Unterstützung von Städten zur Verfügung stehen. Das Weltbank-finanzierte Vorhaben Urban Local Government Development Programme (ULGDP, Darlehen von 150 Mio. USD) führt in 19 größeren Städten in den fünf Kernregionen Investitionsmaßnahmen durch, die zu insgesamt 40 % von Städten und Regionen kofinanziert werden. Innovative Elemente, umfassen eine performance-gesteuerte Mittelverteilung sowie die Einbindung der regionalen Finanzministerien in die Weiterleitung der Mittel. Die Möglichkeit einer parallelen Kofinanzierung wurde von uns geprüft, aber wegen zu schwacher Trägerstrukturen in den Programmregionen der EZ-Vorhaben verworfen (siehe hierzu auch B.3.6.2). 3.31 Zur Abstimmung mit dem Programm ULDGP bestehen enge Kontakte zum Programm-Management der Weltbank. Sowohl ULGDP als auch UGDP werden durch die Abteilung Urban Development Capacity Building Bureau (UDCBO) des MWUD gesteuert, wo- durch auch auf der Arbeitsebene ein ständiger Austausch erreicht wird.			

Evaluierungsfrage	Betrachtung der Frage in EPE	Optional: Konkretisierung der Frage für das Vorhaben	Bewertung	Gewichtung (- o +)	Begründung für Gewichtung
6.4. Werden gemeinsame Systeme (von Partnern/anderen Gebern/internationalen Organisationen) für Monitoring/Evaluierung, Lernen und die Rechenschaftslegung genutzt?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	In den Bereichen Finanzmanagement und Beschaffung werden in beiden Fällen lokale Systeme genutzt. Allerdings handelt es sich bei dem Vorhaben aufgrund der unterschiedlichen Programmgebiete und teilweise abweichender Fördermodalitäten nicht um eine Gemeinschaftsfinanzierung im engeren Sinne (Programmbasierte Ansätze: PBA 1).			

Effektivität

Evaluierungsfrage	Betrachtung der Frage in EPE	Optional: Konkretisierung der Frage für das Vorhaben	Bewertung	Gewichtung (- o +)	Begründung für Gewichtung
7. Erreichung der Ziele			2	0	/
7.1. Wurden die (ggf. angepassten) Ziele der Maßnahme erreicht (inkl. PU-Maßnahmen)? Indikatoren-Tabelle: Vergleich Ist/Ziel	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	Siehe Effektivitätskapitel			
7.2. Sonstige Evaluierungsfragen					
8. Beitrag zur Erreichung der Ziele			3	0	/
8.1. Inwieweit wurden die Outputs der Maßnahme wie geplant (bzw. wie an neue Entwicklungen angepasst) erbracht? (Lern-/Hilfsfrage)	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	PV/AK: wie geplant erbracht; Für Deponien geprüft, da zum Zeitpunkt AK nicht fertiggestellt			
8.2. Werden die erbrachten Outputs und geschaffenen Kapazitäten genutzt?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	AK: keine Aussage zu Nutzung der Infrastruktur; bei EPE in den besuchten Projektstädten ermittelt; Versuch der Ermittlung auch für nicht besuchte Städte (z.B. Markt Nekemte)			
8.3. Inwieweit ist der gleiche Zugang zu erbrachten Outputs und geschaffenen Kapazitäten (z.B. diskriminierungsfrei, physisch erreichbar, finanziell erschwinglich, qualitativ, sozial und kulturell annehmbar) gewährleistet?	☐ Frage wird betrachtet ☒ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:				
8.4. Inwieweit hat die Maßnahme zur Erreichung der Ziele beigetragen?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	S.o. (PV/AK)			

Evaluierungsfrage	Betrachtung der Frage in EPE	Optional: Konkretisierung der Frage für das Vorhaben	Bewertung	Gewichtung (- o +)	Begründung für Gewichtung
8.5. Inwieweit hat die Maßnahme zur Erreichung der Ziele auf Ebene der intendierten Begünstigten beigetragen?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	s.o.			
8.6. Hat die Maßnahme zur Erreichung der Ziele auf der Ebene besonders benachteiligter bzw. vulnerabler beteiligter und betroffener Gruppen (mögliche Differenzierung nach Alter, Einkommen, Geschlecht, Ethnizität, etc.), beigetragen?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	Keine Differenzierung in PV/AK			
8.7. Gab es Maßnahmen, die Genderwirkungspotenziale gezielt adressiert haben (z.B. durch Beteiligung von Frauen in Projektgremien, Wasserkomitees, Einsatz von Sozialarbeiterinnen für Frauen, etc.)? (FZE spezifische Frage)	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	PV: nicht gezielt; indirekt in allen Bereichen, s.o. 2.3			
8.8. Welche projektinternen Faktoren (technisch, organisatorisch oder finanziell) waren ausschlaggebend für die Erreichung bzw. Nicht-Erreichung der intendierten Ziele der Maßnahme? (Lern-/Hilfsfrage)	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	AK (2.06): begrenzten Kapazitäten der Stadtverwaltungen, der Baufirmen und der lokalen Ingenieurbüros ebenso wie unterschätzte Witterungseinflüsse, eine hohe Personalfluktuations in den Programmstädten AK (3.05): der vorgesehene Eigenbeitrag der Projektstädte in Höhe von etwa 20% der Kosten der jeweiligen Einzelprojekte wurde erbracht. Da jedoch die Gesamtkosten der Infrastrukturprojekte insgesamt etwas geringer ausfielen als ursprünglich erwartet, summiert sich der Betrag zu lediglich 1,774 Mio. Euro statt der vorgesehenen EUR 2 Mio.			

Evaluierungsfrage	Betrachtung der Frage in EPE	Optional: Konkretisierung der Frage für das Vorhaben	Bewertung	Gewichtung (- 0 +)	Begründung für Gewichtung
8.9. Welche externen Faktoren waren ausschlaggebend für die Erreichung bzw. Nicht-Erreichung der intendierten Ziele der Maßnahme (auch unter Berücksichtigung der vorab antizipierten Risiken)? (Lern-/Hilfsfrage)	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	AK (2.06): Witterungseinflüsse, Ethnische und politische Konflikte in Teilen Äthiopiens, Ausnahmezustand ab 2.JH 2016			
8.10. Sonstige Evaluierungsfragen					
9. Qualität der Implementierung			3	0	/
9.1. Wie ist die Qualität der Steuerung und Implementierung der Maßnahme (z.B. Projektträger, Consultant, Berücksichtigung von Ethnizität und Gender in entscheidungsfindenden Gremien) im Hinblick auf die Zielerreichung zu bewerten?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	AK (2.06): begrenzten Kapazitäten der Stadtverwaltungen, der Baufirmen und der lokalen Ingenieurbüros ebenso wie unterschätzte Witterungseinflüsse, eine hohe Personalfluktuierung in den Programmstädten			
9.2. Wie ist die Qualität der Steuerung, Implementierung und Beteiligung an der Maßnahme durch die Partner/Träger zu bewerten?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	PV/AK/BE AK (2.06): zögerliche bis bürokratische Betreuung des Vorhabens durch den Träger, insbesondere bei zeitkritischen Entscheidungen sowie die teilweise eingeschränkte Verfügbarkeit von wesentlichen Baumaterialien und die verzögerte Auszahlung von Rechnungen der Bauunternehmen			

Evaluierungsfrage	Betrachtung der Frage in EPE	Optional: Konkretisierung der Frage für das Vorhaben	Bewertung	Gewichtung (- 0 +)	Begründung für Gewichtung
9.3. Wurden Gender Ergebnisse und auch relevante Risiken im/durch das Projekt (gender-basierte Gewalt, z.B. im Kontext von Infrastruktur oder Empowerment-Vorhaben) während der Implementierung regelmäßig gemonitort oder anderweitig berücksichtigt? Wurden entsprechende Maßnahmen (z.B. im Rahmen einer BM) zeitgemäß umgesetzt? (FZE spezifische Frage)	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	nein			
10. Nicht-intendierte Wirkungen (positiv oder negativ)			3		
10.1. Sind nicht-intendierte positive/negative direkte Wirkungen (sozial, ökonomisch, ökologisch sowie ggf. bei vulnerablen Gruppen als Betroffene) feststellbar (oder absehbar)?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	AK (2.07): Defizite Planung bei Entwässerung Bei Abfalldeponien negative Umwelteinflüsse; keine von der Deponie ausgehende negative Wirkungen; Verbesserung da wo Deponie betrieben (Debre Markos), keine Verbesserung in Semera-Logia (Deponie nicht betrieben, vorherige Situation geblieben, ggf. verschlechtert Unterdimensionierung Entwässerung: negative Auswirkungen? Ergebnis: in Einzelfällen, keine/geringe negative Wirkungen			
10.2. Welche Potentiale/Risiken ergeben sich aus den positiven/negativen nicht-intendierten Wirkungen und wie sind diese zu bewerten?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	Beantworten auf Basis Ergebnisse aus 10.1 s.o.			
10.3. Wie hat die Maßnahme auf Potentiale/Risiken der positiven/negativen nicht-intendierten Wirkungen reagiert?	☐ Frage wird betrachtet ☒ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:				

Effizienz

Evaluierungsfrage	Betrachtung der Frage in EPE	Optional: Konkretisierung der Frage für das Vorhaben	Bewertung	Gewichtung (- o +)	Begründung für Gewichtung
11. Produktionseffizienz			4	-	Trotz Einschränkungen ist Nutzung hoch
11.1. Wie verteilen sich die Inputs (finanziellen und materiellen Ressourcen) der Maßnahme (z.B. nach Instrumenten, Sektoren, Teilmaßnahmen, auch unter Berücksichtigung der Kostenbeiträge der Partner/Träger/andere Beteiligte und Betroffene, etc.)? (Lern- und Hilfsfrage)	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	AK (3.1): Vorbehaltlich des abschließenden Audits des Dispositionsfonds belaufen sich die tatsächlichen Investitionskosten des Vorhabens auf insgesamt EUR 11,403 Mio. (siehe Anlage 3). Überprüfung anhand Logas, Verausgabung Restmittel Dispofonds. s. u. Gesamtkosten			
11.2. Inwieweit wurden die Inputs der Maßnahme im Verhältnis zu den erbrachten Outputs (Produkte, Investitionsgüter und Dienstleistungen) sparsam eingesetzt (wenn möglich im Vergleich zu Daten aus anderen Evaluierungen einer Region, eines Sektors, etc.)? Z.B. Vergleich spezifischer Kosten.	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	Ermitteln: Invest / Begünstigter (s. EPE UDF I/II – Effizienz) s. Hauptbericht			
11.3. Ggf. als ergänzender Blickwinkel: Inwieweit hätten die Outputs der Maßnahme durch einen alternativen Einsatz von Inputs erhöht werden können (wenn möglich im Vergleich zu Daten aus anderen Evaluierungen einer Region, eines Sektors, etc.)?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	Keine Hinweise in PV/AK BE prüfen; bei vor Ort Besichtigung/Gesprächen prüfen; Abfallvorhaben bei verbesserter Planung und technischer Unterstützung			
11.4. Wurden die Outputs rechtzeitig und im vorgesehenen Zeitraum erstellt?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	AK (2.06): erhebliche Verzögerungen			

Evaluierungsfrage	Betrachtung der Frage in EPE	Optional: Konkretisierung der Frage für das Vorhaben	Bewertung	Gewichtung (- o +)	Begründung für Gewichtung
11.5. Waren die Koordinations- und Managementkosten angemessen? (z.B. Kostenanteil des Implementierungsconsultants)? (FZE spezifische Frage)	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	AK (3.03): Die Überschreitung der Kosten für die internationale Beratungsleistung begründet sich durch die Verlängerung der Vertragslaufzeit von ursprünglich 36 Monaten (Dez. 2011 bis Dez. 2014) um etwa 29 Monate auf insgesamt etwa 65 Monate (Apr. 2017) sowie der für die Verlängerung zur Anwendung kommenden Preisgleitklausel.			
11.6. Sonstige Evaluierungsfragen					
12. Allokationseffizienz			2	0	/
12.1. Auf welchen anderen Wegen und zu welchen Kosten hätten die erzielten Wirkungen (Outcome/Impact) erreicht werden können? (Lern-/Hilfsfrage)	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	PV/AK; Berichte WB Programme: APA, Completion Reports			
12.2. Inwieweit hätten – im Vergleich zu einer alternativ konzipierten Maßnahme – die erzielten Wirkungen kostenschonender erzielt werden können?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	PV/AK; Berichte WB Programme: APA, Completion Reports			
12.3. Ggf. als ergänzender Blickwinkel: Inwieweit hätten – im Vergleich zu einer alternativ konzipierten Maßnahme – mit den vorhandenen Ressourcen die positiven Wirkungen erhöht werden können?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	PV/AK; Berichte WB Programme: APA, Completion Reports			

Evaluierungsfrage	Betrachtung der Frage in EPE	Optional: Konkretisierung der Frage für das Vorhaben	Bewertung	Gewichtung (- o +)	Begründung für Gewichtung
12.4. In welcher Hinsicht war der Einsatz öffentlicher Mittel finanziell additional? Hinweis: Falls für das Vorhaben die interne Kennung PSP (Private Sector Participation; siehe Inpro unter 1.11) vergeben wurde oder grundsätzlich eine Kooperation mit privaten Akteuren (kommerziellen Banken, Unternehmen, professionellen NGOs) in der Umsetzung von FZ besteht (Privatsektor als Instrument), muss diese Evaluierungsfrage berücksichtigt werden	☐ Frage wird betrachtet ☒ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:				

Impact

Evaluierungsfrage	Betrachtung der Frage in EPE	Optional: Konkretisierung der Frage für das Vorhaben	Bewertung	Gewichtung (- o +)	Begründung für Gewichtung
13. Übergeordnete entwicklungspolitische Veränderungen			3	0	/
13.1. Sind übergeordnete entwicklungspolitische Veränderungen, zu denen die Maßnahme beitragen sollte, feststellbar? (bzw. wenn absehbar, dann möglichst zeitlich spezifizieren)	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	Befragung Sozio-ökonomische Daten Gesundheitsdaten Einkommen Städte und Bevölkerung Census			
13.2. Sind übergeordnete entwicklungspolitische Veränderungen (sozial, ökonomisch, ökologisch und deren Wechselwirkungen) auf Ebene der intendierten Begünstigten feststellbar? (bzw. wenn absehbar, dann möglichst zeitlich spezifizieren)	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	s.o. – Begünstigte			
13.3. Inwieweit sind übergeordnete entwicklungspolitische Veränderungen auf der Ebene besonders benachteiligter bzw. vulnerabler Teile der Zielgruppe, zu denen die Maßnahme beitragen sollte, feststellbar (bzw. wenn absehbar, dann möglichst zeitlich spezifizieren)	☐ Frage wird betrachtet ☒ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:				
14. Beitrag zu übergeordneten intendierten entwicklungspolitischen Veränderungen			2	0	

Evaluierungsfrage	Betrachtung der Frage in EPE	Optional: Konkretisierung der Frage für das Vorhaben	Bewertung	Gewichtung (- o +)	Begründung für Gewichtung
14.1. In welchem Umfang hat die Maßnahme zu den festgestellten bzw. absehbaren übergeordneten entwicklungspolitischen Veränderungen (auch unter Berücksichtigung der politischen Stabilität), zu denen die Maßnahme beitragen sollte, tatsächlich beigetragen?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	S.o.			
14.2. Inwieweit hat die Maßnahme ihre intendierten (ggf. angepassten) entwicklungspolitischen Ziele erreicht? D.h. sind die Projektwirkungen nicht nur auf der Outcome-Ebene, sondern auch auf der Impact-Ebene hinreichend spürbar? (z.B. Trinkwasserversorgung/Gesundheitswirkungen)	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	S.o.			
14.3. Hat die Maßnahme zur Erreichung ihrer (ggf. angepassten) entwicklungspolitischen Ziele auf Ebene der intendierten Begünstigten beigetragen?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	S.o.			
14.4. Hat die Maßnahme zu übergeordneten entwicklungspolitischen Veränderungen bzw. Veränderungen von Lebenslagen auf der Ebene besonders benachteiligter bzw. vulnerabler Teile der Zielgruppe (mögliche Differenzierung nach Alter, Einkommen, Geschlecht, Ethnizität, etc.), zu denen die Maßnahme beitragen sollte, beigetragen?	☐ Frage wird betrachtet ☒ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:				

Evaluierungsfrage	Betrachtung der Frage in EPE	Optional: Konkretisierung der Frage für das Vorhaben	Bewertung	Gewichtung (- o +)	Begründung für Gewichtung
14.5. Welche projektinternen Faktoren (technisch, organisatorisch oder finanziell) waren ausschlaggebend für die Erreichung bzw. Nicht-Erreichung der intendierten entwicklungspolitischen Ziele der Maßnahme? (Lern-/Hilfsfrage)	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	Finanzmittel Int. Consultant für Steuerung Limitation durch Durchführungsspezifika: kein Mittelaustausch zwischen Projektstädten; Gesamtkosten eines Projekts durch Verfügbarkeit der Mittel in Programmstadt beschränkt			
14.6. Welche externen Faktoren waren ausschlaggebend für die Erreichung bzw. Nicht-Erreichung der intendierten entwicklungspolitischen Ziele der Maßnahme? (Lern-/Hilfsfrage)	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	AK (4.02): Das im Programmvorschlag als mittel bis hoch beschriebene Risiko eines politischen Konflikts, der die Durchführung der FZ-Maßnahmen beeinträchtigt ist eingetreten. Seit November 2015 kam es in Oromia, seit etwa Mitte 2016 auch in Amhara verstärkt zu Unruhen, wes halb die Regierung im Oktober 2016 den Ausnahmezustand verhängte. Dieser politische Konflikt beeinträchtigte die Umsetzung der zu diesem Zeitpunkt noch laufenden Projekte in Gambella, Nekemte und Jigjiga. Die Bauarbeiten wurden unterbrochen und das MUDH konnte keine Reisen zu den Projektstandorten mehr unternehmen. Es kam dadurch zu Verzögerungen bei der Fertigstellung der Projekte.			
14.7. Entfaltet das Vorhaben Breitenwirksamkeit? Inwieweit hat die Maßnahme zu strukturellen oder institutionellen Veränderungen geführt (z.B. bei Organisationen, Systemen und Regelwerken)? (Strukturbildung) War die Maßnahme modellhaft und/oder breitenwirksam und ist es replizierbar? (Modellcharakter)	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	Ggf BE anderer Geber, WB – prüfen; Beitrag zu nat. Dezentalisierungsprozess Breitenwirksam, auch in anderen Vorhaben werden vergleichbare Projekte implementiert. WB, UNCDF Vorhaben in emerging regions, auf Landkreis Ebene; Invest und Qualifikation (PV 3.29)			

Evaluierungsfrage	Betrachtung der Frage in EPE	Optional: Konkretisierung der Frage für das Vorhaben	Bewertung	Gewichtung (- o +)	Begründung für Gewichtung
14.8. Wie wäre die Entwicklung ohne die Maßnahme verlaufen? (entwicklungspolitische Additionalität)	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	In den Programmstädten wären keine Maßnahmen erfolgt, kein Beitrag zu Verbesserung Lebensbedingungen			
14.9. Sonstige Evaluierungsfragen					
15. Beitrag zu übergeordneten nicht-intendierten entwicklungspolitischen Veränderungen					
15.1. Inwieweit sind übergeordnete nicht-intendierte entwicklungspolitische Veränderungen (auch unter Berücksichtigung der politischen Stabilität) feststellbar (bzw. wenn absehbar, dann möglichst zeitlich spezifizieren)?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	Allgem. Politische Situation hat sich seit Fertigstellung landesweit verschlechtert, in 5 der 8 Projektstädte darf derzeit nicht gereist werden.			
15.2. Hat die Maßnahme feststellbar bzw. absehbar zu nicht-intendierten (positiven und/oder negativen) übergeordneten entwicklungspolitischen Wirkungen beigetragen?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	Prüfen: Gesundheitswirkungen Deponie Entwässerung (s.o. 10.1)			
15.3. Hat die Maßnahme feststellbar (bzw. absehbar) zu nicht-intendierten (positiven oder negativen) übergeordneten entwicklungspolitischen Veränderungen auf der Ebene besonders benachteiligter bzw. vulnerabler Gruppen (innerhalb oder außerhalb der Zielgruppe) beigetragen (Do no harm, z.B. keine Verstärkung von Ungleichheit (Gender/Ethnie, etc.)?)	☐ Frage wird betrachtet ☒ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:				

Nachhaltigkeit

Evaluierungsfrage	Betrachtung der Frage in EPE	Optional: Konkretisierung der Frage für das Vorhaben	Bewertung	Gewichtung (- o +)	Begründung für Gewichtung
16. Kapazitäten der Beteiligten und Betroffenen			3	0	/

Evaluierungsfrage	Betrachtung der Frage in EPE	Optional: Konkretisierung der Frage für das Vorhaben	Bewertung	Gewichtung (- 0 +)	Begründung für Gewichtung
16.1. Sind die Zielgruppe, Träger und Partner institutionell, personell und finanziell in der Lage und willens (Ownership) die positiven Wirkungen der Maßnahme über die Zeit (nach Beendigung der Förderung) zu erhalten?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	Bei AK: 2 der 4 Indikatoren sind noch zu erheben (3 Jahre nach Projektabschluss: Funktionstüchtigkeit Anlagen, Budget für Betrieb) EPE von vorausgegangenen Vorhaben: UDF I+II (Kapazitätsaufbau im Regierungs- und Verwaltungssystem, 34 Infrastr. Vorhaben) PBS I-III (WB TH-Fond, soziale Basis-DL, Kapazitätsaufbau) Städt. Wasserters. u. Abwasserentsorgung (3 Städte Amhara Region) Alle 3 Vorhaben beurteilen Nachhaltigkeit mit 3. - Eigeneinnahmen Zunahme - Wartung/Reparatur erfolgen begrenzt - Anlagen werden am Laufen gehalten - Replizierung v Maßnahmen, i.R. ULGDP (WB), UGDP - Risiko Gerberabhängigkeit - Nat. Abfallstrategie 2016, schleppende Umsetzung - Mangelnde Kapazitäten, Fluktuation bei Personal - Kostendeckung Risiko - Gestiegene Kommunalbudgets - Starke Nutzung Infrastruktur - Bekenntnis Dezentral. Regierung läßt nach - Einmischung/Kontrolle in Kommunen - anhaltende Fragilität - Anschlussfähigkeit der Maßnahmen - Zielsetzung aller Vorhaben armutsrelevant, Dezentrale Ausgaben erhöhen - Eigeninitiative, Resilienz, Initiative (Wasser/Abwasser)			

Evaluierungsfrage	Betrachtung der Frage in EPE	Optional: Konkretisierung der Frage für das Vorhaben	Bewertung	Gewichtung (- o +)	Begründung für Gewichtung
16.2. Inwieweit weisen Zielgruppe, Träger und Partner eine Widerstandsfähigkeit (Resilienz) gegenüber zukünftigen Risiken auf, die die Wirkungen der Maßnahme gefährden könnten?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	Aus anderen EPEs: - Eigeninitiative, Resilienz, Initiative (Wasser/Abwasser) - Regulatorische Maßnahmen - Einnahmen teilweise erhöht - Erhöhte staatliche Ausgaben für Armut und Dezentralisierung Prüfen: Entwicklung der Ausgaben für Armutsbekämpfung und Dezentralisierung			
17. Beitrag zur Unterstützung nachhaltiger Kapazitäten			3	0	/
17.1. Hat die Maßnahme dazu beigetragen, dass die Zielgruppe, Träger und Partner institutionell, personell und finanziell in der Lage und willens (Ownership) sind die positiven Wirkungen der Maßnahme über die Zeit zu erhalten und ggf. negative Wirkungen einzudämmen?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	Andere EPE: Eigeninitiative, höhere Hebeeffizienz, trotz Knappheit Betrieb aufrechterhalten (Wasser/Abwasser) Replizierung, Anschlussfähigkeit Vorhaben, Standards/Typisierung Kapazitätsaufbau			
17.2. Hat die Maßnahme zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit (Resilienz) der Zielgruppe, Träger und Partner, gegenüber Risiken, die die Wirkungen der Maßnahme gefährden könnten, beigetragen?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	s.o.			
17.3. Hat die Maßnahme zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit (Resilienz) besonders benachteiligter Gruppen, gegenüber Risiken, die die Wirkungen der Maßnahme gefährden könnten, beigetragen?	☐ Frage wird betrachtet ☒ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	Kein direkter Bezug hergestellt			

Evaluierungsfrage	Betrachtung der Frage in EPE	Optional: Konkretisierung der Frage für das Vorhaben	Bewertung	Gewichtung (- 0 +)	Begründung für Gewichtung
18. Dauerhaftigkeit der Wirkungen			3	0	/
18.1. Wie stabil ist der Kontext der Maßnahme) (z.B. soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, politische Stabilität, ökologisches Gleichgewicht) (Lern-/Hilfsfrage)	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	PV/EPEs: Hohes Konfliktpotential: politisch, sozial, ökologisch, Verschlechterung seit PV: Bürgerkrieg, ethnische Konflikte Einschränkungen Rechtsstaatlichkeit und Freiheit			
18.2. Inwieweit wird die Dauerhaftigkeit der positiven Wirkungen der Maßnahme durch den Kontext beeinflusst? (Lern-/Hilfsfrage)	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	Es ist davon auszugehen, dass sich die durch Konflikte geprägte Situation negativ auf Maßnahmen auswirkt SLRA Äthiopien			
18.3. Inwieweit sind die positiven und ggf. negativen Wirkungen der Maßnahme als dauerhaft einzuschätzen?	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	EPEs bisher: Note 3, zufriedenstellendes Ergebnis – trotz schwieriger Rahmenbedingungen sind positive Wirkungen anhaltend. Negative Wirkungen prüfen.			
18.4. Inwieweit sind die Gender-Ergebnisse der Maßnahme als dauerhaft einzuschätzen (Ownership, Kapazitäten, etc.?) (FZE-spezifische Frage)	☒ Frage wird betrachtet ☐ Frage wird nicht betrachtet, da nicht relevant. Optional Begründung:	In EPEs dazu keine Aussage. Gender Ergebnisse lediglich indirekt in diesem Vorhaben			